Flüchtlingsrat
Schleswig-Holstein e.V.

ALL REFUGEES WELCOME - seit 1991 -

Jahresbericht 2021

Impressum

Der *Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.* ist die Dachorganisation für unabhängige im Bundesland engagierte Initiativen, Organisationen und haupt- und ehrenamtlich tätige Einzelpersonen aus der solidarischen Flüchtlingshilfe, aus Migrations- und Integrationsfachdiensten und aus der Antirassismusarbeit. Der Verein ist mit der Nummer VR 4075 KI im Vereinsregister des Amtsgerichts Kiel eingetragen und vom Finanzamt Kiel als gemeinnütziger Träger anerkannt.

Die satzungsgemäßen Zwecke des Vereins sind die Koordinierung von Aktivitäten von Flüchtlingsinitiativen, der Informationsaustausch und die heterogene Vernetzung von Akteuren in der Flüchtlingsberatungs- und Integrationsarbeit, die Vertretung und Lobbyarbeit gegenüber Parteien und Abgeordneten, der Landesregierung, Bundes-, Landes- und Kommunalbehörden, die Durchführung von Schulungen und Bildungsmaßnahmen, die direkte Unterstützung insbesondere von unbegleiteten, minderjährigen und anderen vulnerablen Flüchtlingsgruppen sowie Veröffentlichungen und die antirassistische, migrations- und flüchtlingspolitische Öffentlichkeitsarbeit.

Redaktion: Martin Link

Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein erhielt zur Durchführung seiner Projekte im Berichtszeitraum 2021 Einzelspenden und Mitgliedsbeiträge, Zuschüsse vom FÖRDErverein FRSH e.V., er wurde institutionell durch das Ministerium für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung Schleswig-Holstein und im Rahmen seiner zielgruppen- und themenspezifischen Projekte u.a. durch das Land Schleswig-Holstein, das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, die Bundesagentur für Arbeit, den Europäischen Sozialfonds, den Europäischen Asylum Migration and Integration Funds, die UNO-Flüchtlingshilfe e.V., die Stiftung Aktion Mensch, die Deutsche Post Code Lotterie, den Förderverein PRO ASYL e.V. sowie im Rahmen der Kooperation mit dem Paritätischen Schleswig-Holstein mittelbar im Rahmen der Integrationsrichtlinie Bund gefördert.

Adresse im Berichtszeitraum

Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e. V. • Sophienblatt 82-86 • D-24114 Kiel

Tel.: 0431 735 000 • Fax: 736 077 • E-Mail: office@frsh.de • Internet: www.frsh.de

Kiel, Juni 2022

Der Jahresbericht 2021 wurde von der Mitgliederversammlung am 11. Juni 2022 verabschiedet.

Unabhängige Solidaritätsarbeit kostet Geld! Spenden sind willkommen!

Spendenkonto: IBAN DE 04 5206 0410 0506 4184 06 BIC GENODEF1EK1

Online-Spendenformular: https://www.betterplace.org/de/donate/platform/projects/108966

Beratung, Integrationshilfe, Vernetzung und Lobbyarbeit

Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e. V. war im Berichtsjahr 30 Jahre alt. Der Verein wurde 1989 gegründet und besteht als im Kieler Vereinsregister unter VR 4075 KI eingetragener Verein seit 1991. Er ist ein unabhängiger Zusammenschluss von Initiativen, Gruppen, Organisationen sowie Einzelpersonen, die sich in der solidarischen Flüchtlingshilfe, in Kampagnen für Bleiberecht und gegen Abschiebungen, im Antirassismus und in der Integrationsförderung in Schleswig-Holstein engagieren. Grundlagen der Arbeit sind Satzung, Leitbild (https://www.frsh.de/fluechtlingsrat/ueber-uns/) sowie die Beschlüsse des Vereinsvorstands und der Mitgliederversammlung.

Im Berichtszeitraum hat sich der Koordinationskreis (Ko-Kreis) konsolidiert – ein Gremium bestehend aus Vertreter*innen des Vorstands, der Mitarbeitenden, des Betriebsrats, der Mitgliedschaft und der Geschäftsführung. Der Ko-Kreis unterstützt den Verein in der inhaltlichen Weiterentwicklung.

Der Flüchtlingsrat berät und leistet informationelle Zuarbeit für seine Mitglieder, Geflüchtete und andere migrantische Communities, Unterstützungsinitiativen, Migrationsfachdienste, Flüchtlings- und Migrant*innenorganisationen sowie andere in der Solidaritätsarbeit und oder der Integrationsförderung Tätige. Der Verein engagiert sich als Träger integrationsfördernder Projekt- und Netzwerkarbeit für Migrant*innen mit und ohne Fluchtmigrationshintergrund, von Beratungs-, Bildungs- und Schulungsangeboten sowie in bündnisgetragenen Kampagnen und im Rahmen eigener Maßnahmen der flüchtlings-, migrations- und antidiskriminierungspolitischen Öffentlichkeitsarbeit.

Der Verein arbeitet für Aufnahme, Integration und dauerhaftes Bleiberecht von Geflüchteten und anderen Migrant*innen in prekärer Aufenthaltssituation. Dazu unterhält der Verein eine behördenunabhängig geförderte Rechtsberatung für Geflüchtete, die eng mit der studentischen Refugee Law Clinic Kiel vernetzt arbeitet.

Ziel der Vereinsarbeit ist ein diskriminierungsfreies gesellschaftliches Klima, das sich durch eine von gegenseitigem Respekt und einer chancengleichen Teilhabe aller Menschen gekennzeichnete Anerkennungskultur auszeichnet.

Zu diesem Ziel organisiert sich die Arbeit des Flüchtlingsrates landesweit und regional wo immer möglich in Netzwerken oder themenbezogenen Bündnissen und Kooperationen, z. B. mit dem Landesbeauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen SH, mit den migrationsspezifischen Fachbereichen der Wohlfahrtsverbände, im Fachgremium Geflüchtete Frauen, im Arbeitskreis Migration und Arbeit, mit den Gewerkschaften, mit den Netzwerken gegen Rassismus, mit migrantischen und Selbstorganisationen Geflüchteter, mit den Seebrücken-Initiativen im Bundesland und dem Beratungsnetzwerk gegen Rechts.

Darüber hinaus ist der Flüchtlingsrat flüchtlingspolitisch überregional u. a. mit allen *Landesflüchtlingsräten*, der *BAG Asyl in der Kirche* und der *Landeskirchlichen Flüchtlings- und Menschenrechtsbeauftragten* und der *Bundesweiten AG für Flüchtlinge PRO ASYL* vernetzt.

Im Feld der Integrationsförderung koordinierte der Flüchtlingsrat im Berichtszeitraum eigenständig das *IQ Netzwerk Integration durch Qualifizierung (IQ) Schleswig-Holstein*. Die Koordination des IvAF-Bleiberechtsnetzwerks *Mehr Land in Sicht! – Arbeit für Flüchtlinge in Schleswig-Holstein* und des *Netzwerks zur arbeitsmarktlichen Integration von Geflüchteten in Schleswig-Holstein - Alle an Bord!* erfolgte weiterhin in Kooperation mit dem Paritätischen Wohlfahrtsverband SH. Letztgenannte heterogene Integrationsnetzwerke, in denen Migrations- und Integrationsfachdienste mit Kommunal- und Arbeitsverwaltungen sowie Unternehmensorganisationen kooperieren, widmen sich mit unterschiedlichen themen- und zielgruppenspezifischen Ansätzen der berufsorientierten Bildung und Qualifizierung sowie der arbeitsmarktlichen Integration von Geflüchteten und anderen Migrant*innen.

Religionsgemeinschaften, Wohlfahrtsverbände, Migrations- & Integrationsfachdienste, Arbeitsmarktakteur*innen, Bildungsinstitutionen, Menschenrechts- und Migrant*innenorganisationen, Parteien, die Landesregierung, Landes- und Kommunalbehörden und nicht zuletzt regionale und lokale

Initiativen der Flüchtlingshilfe und der Antirassismusarbeit gehören zu den regelmäßigen Kooperations- und Gesprächspartner*innen des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein e.V.

Der Flüchtlingsrat ist Gründungsmitglied des *Antidiskriminierungsverbandes Schleswig-Holstein e.V.*, der *AG Migration und Arbeit Schleswig-Holstein* und des Kieler *Medibüros* für nicht krankenversicherte Papierlose. Der Verein arbeitete im Berichtsjahr mit im *Beirat der Flüchtlingsbeauftragten* der Evgl.-Luth. Kirche in Norddeutschland, in der *Härtefallkommission* des Landes Schleswig-Holstein und im bundesländerübergreifenden *Forum zur Flughafenabschiebungsbeobachtung* am Flughafen Hamburg. Er hat Sitz und Stimme in der *Fachgruppe Einwanderung* und in der *Steuerungsgruppe der Netzwerke Integration von Asylsuchenden und Flüchtlingen* (IvAF) beim BMAS.

Der Flüchtlingsrat ist als gemeinnütziger Träger anerkannt und finanziert seine Arbeit aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden, durch Institutionelle Landesförderung sowie durch zweckgebundene öffentliche und private Projektförderungen.

Weitere Kooperationspartner*innen des Flüchtlingsrats Schleswig-Holstein:

Der gemeinnützige ***FÖRDErverein Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.*** (Vereinsregister-Nr. VR 4094 KI) sammelt Spenden und wirbt Förderer*innen für die Flüchtlingshilfe (siehe: www.foerderverein-frsh.de).

Der ***lifeline – Vormundschaftsverein im Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.*** (Vereinsregister-Nr 502 VR 4516 KI) vermittelt und begleitet private Vormundschaften für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge, schult Mutiplikator*innen und führt weitere Aktivitäten im Rahmen von Projekten durch (siehe: www.lifeline-frsh.de).

Der Flüchtlingsrat SH e.V. ist Gründungsmitglied und langjähriger Kooperationspartner des ***Antidiskriminierungsverbandes Schleswig-Holstein e.V.*** (siehe: www.advsh.de).

Der Flüchtlingsrat ist Kooperationspartner der **Refugio Stiftung Schleswig-Holstein e.V.** (siehe: www.refugio-sh.de)

Förderung im Haushaltsjahr 2021

Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e. V. konnte 2021 trotz Corona die Arbeit seiner Geschäftsstelle fortführen. Dazu hat nicht unwesentlich beigetragen, dass das zuständige Ministerium für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung die seit 2013 bestehende institutionelle Landesförderung weitergeführt hat. Seit 2019 hat der Verein die Gesamtmittelverwaltung für das IQ Netzwerk Schleswig-Holstein übernommen und administriert damit neben den eigenen Projekten auch durchlaufende Bundes- und ESF-Mittel für die operativen Partner*innen des IQ Landesnetzwerks.

Darüber hinaus konnten im Berichtszeitraum erfolgreich Landesförderung für die Koordination des Netzwerks *Alle an Bord!* (MWVATT SH) und Projektförderungen u.a. für Schulungen, Informationsangebote für Unterstützende (BAMF/AMIF; Förderverein PRO ASYL e.V.; UNO-Flüchtlingshilfe e.V., Stiftung Aktion Mensch) und Rechtsberatung für Geflüchtete (Deutsche Post Code Lotterie; UNO Flüchtlingshilfe) eingeworben werden. Spenden und Mitgliedsbeiträge ergänzten das Vereinsbudget 2021.

Auf dieser Grundlage konnte 2021 die Arbeit der Geschäftsstelle und der Projekte des Flüchtlingsrats Schleswig-Holstein e. V. im Umfang von 1.500.000 Euro finanziert werden. Im Zuge der IQ Mittelverwaltung wurden 3.100.000 Euro an die operativen IQ-Netzwerk-Partner weitergeleitet.

Who is who 2021

Der Verein hatte im Berichtsjahr 121 Mitglieder: zu ca. je einem Drittel Gruppen/Organisationen, hauptamtlich Tätige sowie ehrenamtlich engagierte Einzelpersonen. Die ordentliche Mitgliederversammlung fand am 12. Juni 2021 in Kiel statt.

Der ehrenamtliche Vorstand:

Vorsitzender	**Michael Wulf,** Rechtsanwalt, Kiel
Stellvertr. Vorsitzender	**Heino Schomaker,** Rentner, Kiel
Beisitzer	**Lukas Schmitt,** Politikwissenschaftler, Kiel

Das hauptamtliche Team bestand 2021 aus:

Martin Link	Geschäftsführung sowie Öffentlichkeitsarbeit *Landesweite Flüchtlingshilfe* und Netzwerkkoordination *Mehr Land in Sicht!*
Kirstin Strecker	Betriebswirtschaftliche Leitung und Stellvertretende Geschäftsführung sowie Finanzkoordination *Gesamtmittelverwaltung*, IQ Netzwerk SH und Koordination Projektpartnerschaft *Transparenz und Respekt*
Gabriele Köhler	Assistenz *Geschäftsstelle* und Projektassistenz *Landesweite Flüchtlingshilfe*
Hasmik Matevosyan	Auszubildende (bis 31. Mai), Assistenz *Geschäftsstelle* und *Rechtsberatung* (ab 1. Juni)
Jelena Shusharina	Telefonassistenz
Eva Biereder	Projektmitarbeiterin *Landesweite Flüchtlingshilfe* (ab 16. Januar)
Hanna Thorun	Projektassistenz Koordination Projektpartnerschaft *Transparenz und Respekt* (ab 1. Februar)
Ariane Kehr	Projektleitung *Neue Heimat, AMIF*-Projektpartnerschaft *Transparenz und Respekt* (ab 1. Februar)
Axel Meixner	Projektmitarbeiter *Rechtsberatung* (ab 1. März)
Astrid Willer	Projektleitung *Alle an Bord!*
Mareike Röpstorff	Projektmitarbeiterin *Alle an Bord!*

Jan Rademann	Projektleitung *Westküste Ahoi 2.0* (ab 1. August)
Danica Fröhlich	Projektassistenz *Westküste Ahoi 2.0* (ab 1. September)
Farzaneh Vagdy-Voß	Gesamtkoordination und *Koordination 1&2* sowie *3&4,* IQ Netzwerk SH
Lindita Rexhepi	Mitarbeiterin im Teilprojekt *Koordination 1&2,* IQ Netzwerk SH
Aurelie Bile Akono	Mitarbeiterin im Teilprojekt *Koordination 3&4,* IQ Netzwerk SH
Kirsten Richter	Mitarbeiterin Öffentlichkeitsarbeit in den Teilprojekten *Koordination 1-4,* IQ Netzwerk SH
Maren Stallmann	Projektassistenz Teilprojekt *Koordination 1&2* IQ Netzwerk SH
Chris Nebendahl	IT-Projektassistenz Teilprojekt *Koordination 1&2,* IQ Netzwerk SH
Lakkhana Zojeski	Finanzverwaltung Teilprojekt *Koordination 1&2,* IQ Netzwerk SH
Gabriela Schultze	Finanzverwaltung Teilprojekt *Koordination 3&4,* IQ Netzwerk SH und Finanzverwaltung Teilprojekt *Gesamtmittelverwaltung,* IQ Netzwerk SH (Elternzeitvertretung) (bis 30. Juli), Projektassistenz Teilprojekt *Koordination 3&4* (ab 1. Juli)
Danica Fröhlich	Projektassistenz Teilprojekt *Koordination 3&4,* IQ Netzwerk SH (ab 1. September)
Marie-Louise Petersen-Scharff	Finanzverwaltung Teilprojekt *Gesamtmittelverwaltung* IQ Netzwerk SH
Birte Skoruppa	Finanzverwaltung Teilprojekt *Gesamtmittelverwaltung,* IQ Netzwerk SH (ab 06. Juli zurück aus der Elternzeit)
Christine Berlinski	Finanzverwaltung Teilprojekt *Gesamtmittelverwaltung,* IQ Netzwerk SH
Mike Natterer	Finanzverwaltung Teilprojekt *Gesamtmittelverwaltung,* IQ Netzwerk SH (bis 15. September)
Ludmilla Babayan	Projektleitung Teilprojekt *Souverän,* IQ Netzwerk SH
Cevahir Unlütepe	Projektmitarbeiter Teilprojekt *Souverän,* IQ Netzwerk SH
Angela Hauschildt	Projektassistenz Teilprojekt *Souverän,* IQ Netzwerk SH (bis 15. Juni)
Danica Fröhlich	Projektassistenz Teilprojekt *Souverän,* IQ Netzwerk SH (ab 1. September)

Ehrenamtliche Funktionsträger*innen:

Solveigh Deutschmann, Nortorf (vom FRSH delegiertes Mitglied in der Härtefallkommission SH, im Medi-Büro Kiel, im Forum der Abschiebungsbeobachtung am Flughafen HH und im Landesbeirat Abschiebehaft)

Michael Wulf, Kiel (Mitglied in der Härtefallkommission SH)

Ko-Kreis:

Seit 2020 besteht der Koordinierungskreis im Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein. Er setzt sich aus Vertreter*innen der Vereinsmitglieder, des Vorstands, der Geschäftsführung, des Teams und des Betriebsrats zusammen. Der Ko-Kreis hat im Berichtsjahr viermal getagt und sich mit Themen der strukturellen, inhaltlichen und politischen Weiterentwicklung der Vereinsarbeit beschäftigt.

Partner*innen in der Geschäftsstelle:

In der Geschäftsstelle sind darüber hinaus die Beratungsteams der *Refugee Law Clinic Kiel - http://www.law-clinic-kiel.de/* (Studierende der Rechtswissenschaften an der CAU) tätig. Der Verein Refugee Law Clinic Kiel e.V. ist Mitglied im Flüchtlingsrat.

Auch der F*ÖRDErverein Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e. V. - www.foerderverein-frsh.de* - hat in der Geschäftsstelle des Flüchtlingsrats seinen Sitz.

Sitz des Flüchtlingsrats Schleswig-Holstein:

Die Kieler Geschäftsstelle des Flüchtlingsrats befindet sich im 4. Stock im Sophienblatt 82-86 in Kiel. Die Räume des IQ Netzwerks Schleswig-Holstein und ein großer Sitzungsraum des Vereins befinden sich im 1. Stock im Sophienblatt 88-90. Die Räume des Flüchtlingsrats sind gut an den ÖPNV (Haltestelle „Hummelwiese“) angebunden. Der Kieler Hauptbahnhof ist in fußläufiger Nähe.

Aufnahme, Beratung und Integrationsförderung für alle Einwander*innen. Berechenbare Solidarität – gegen Rassismus und Externalisierung!

Rahmenbedingungen der Arbeit des Flüchtlingsrates SH e.V. im Jahr 2021

Ziel unserer Arbeit im Berichtszeitraum war zum einen die Aufnahme u.a. von Geflüchteten und ihren Angehörigen aus relevanten durch Verfolgung und Kriegsgewalt gekennzeichneten Herkunfts- und prekären Transitländern, die Durchsetzung des dauerhaften Bleiberechts in Deutschland, die Förderung der Selbstorganisation und gesellschaftlichen Partizipation, eine nachhaltige Integration in Gesellschaft, Bildung und Arbeitswelt und eine liberale Einwanderungsrechts- und Verordnungslage durch Einflussnahme auf Politik und zuständige Exekutive.

Die Machtergreifung der Taliban in Afghanistan, die Agonie des Libanon und Sri Lankas, die unendlichen u.a. von Russland, Iran, Saudi Arabien und den USA befeuerten Stellvertreterkriege in Syrien, Libyen und Jemen, die Bürgerkriege in Äthiopien und Kamerun, die türkischen Waffengänge gegen Kurd*innen im Norden Iraks und Syriens und Marokkos Interventionen in der West-Sahara, die fortbestehenden Aktivitäten des Islamischen Staats und anderer islamischer Gruppen im Nahen und Mittleren Osten sowie in der Sahel-Region Afrikas, Zwangsrekrutierungen und Versklavung von Kindern, die Renaissance der Drogenkriege in Lateinamerika, sich ausbreitende rassistisch motivierte Gewalt und Femizide weltweit, Verarmung und Verelendung in Folge der Corona-Pandemie und des durch das Geschäftsgebaren der Industriestaaten verantworteten Mangels an Impfstoffen, korrupte undemokratische Regime in zahlreichen Ländern des globalen Südens und die zunehmend gewalttätigen Abwehrstrategien des reichen Nordens gegen die erfolgreiche Immigration der Flucht der Schutz und Zukunft Suchenden standen in 2021 für fortbestehende Überlebensnöte von Frauen, Männern und Kindern weltweit.

Ende 2021 befanden sich über 82 Millionen Menschen u.a. durch Kolonialismus, Globalisierung und westliche Interessendurchsetzungspolitik verursachte politische Verfolgung und Kriegsgewalt weltweit auf der Flucht. Davon kommen 68% aus von extremer Herrschafts- oder Kriegsgewalt gekennzeichneten Herkunftsländern. 86% der aktuell weltweit Schutzsuchenden finden bis dato in den Anrainerstaaten der Herkunftsländer oder in Drittstaaten im Trikont Aufnahme. Die Aufnahmebereitschaft in den sogenannten Industrieländern schwindet. Schon jetzt nehmen auch noch klimakatastrophale Entwicklungen als ein Fluchtgrund zu. Nach Berechnungen der Weltbank werden bis 2050 wegen der durch Industrie- und Schwellenländer verursachten Klimafolgen ca. 200 Millionen Umweltflüchtlinge dazu kommen. Auch 2021 war fand das Thema der Umweltflucht in Schleswig-Holstein bei der politischen Diskussionen von auf die Zukunft ausgelegten klimapolitischen Maßnahmen keine Beachtung.

Die Hauptherkunftsländer der 2021 in Schleswig-Holstein Asyl Suchenden waren Syrien (29,2 %), Irak (22,3 %), Afghanistan (24,7 %), Türkei (3,1 %), Eritrea (2,7%), Iran (2,4 %), Jemen (1,9%) und vermeintlich sichere Herkunftsländer (1,7 %). Zunehmend suchten 2021 Geflüchtete aus EU-Transitstaaten, z.B. aus Griechenland, Ungarn, Polen, Bulgarien oder Dänemark, wegen der dort herrschenden Asylrechtlosigkeit, des Abschiebungsregimes oder des sozialen Elends Zuflucht in Schleswig-Holstein. Die in Schleswig-Holstein 2021 gut 4.200 um Schutz Nachsuchenden sind im Berichtsjahr zu 40% weiblich. Der Anteil der Frauen und Mädchen, die im Fluchtherkunftsland und auf den Fluchtwegen erhebliche, regelmäßig auch sexualisierte Gewalt erfahren haben, liegt nach Schätzungen von Fachdiensten und Wissenschaft bei 60%.

Das von der Landesregierung in der 19. Legislaturperiode umgesetzte Landesaufnahmeprogramm wurde 2021 mit der Zielzahl 500 erfolgreich abgeschlossen. Damit konnten in diesem Zeitraum v.a. besonders vulnerable Personen aus Transitlagern in Ägypten die Aufnahme in Deutschland ermöglichst werden. Weitere Landesaufnahmeprogramme – z.B. für die in der Unwirtlichkeit von EU-Frontstaaten gestrandeten Geflüchteten oder für dringend evakuierungsbedürftige Personen aus Afghanistan – konnten seitens des Flüchtlingsrates nicht erreicht werden. Das Land hat sich in 2021 allerdings an den Aufnahmeaktionen des Bundes für Ortskräfte aus Afghanistan beteiligt.

Über 10.000 im Asylverfahren nicht erfolgreiche Geflüchtete lebten 2021 in Schleswig-Holstein als – z.T. seit Jahren – geduldet. Die derzeit Geduldeten verfügen nach der Erfahrung der Integrationsnetzwerke Alle an Bord! und Mehr Land in Sicht! zwar regelmäßig über erhebliche Bildungs- und arbeitsweltspezifische Motivationen und Potenziale, ihrer nachhaltigen Integration stehen allerdings allzu oft fortbestehende aufenthaltsrechtliche Hürden und ggf. eine auf Aufenthaltsbeendigung fixierte Verwaltungspraxis entgegen. Die zu Ende 2021 verlautbarten Ankündigungen der Ampel-Koalition hier rechtspolitische Erleichterungen bei den Voraussetzungen für Aufenthaltsverfestigungen und ein Chancen-Aufenthaltsrecht zu schaffen, machen Hoffnung und würden auch dringenden Bedarfen der Einwanderungsgesellschaft gerecht werden.

Der Anteil der ausländischen Staatsangehörigen in Schleswig-Holstein ist mit 8,5 % im Vergleich zum Bundesdurchschnitt relativ niedrig, auch haben nur 17 % der schleswig-holsteinischen Bevölkerung einen sogenannten Migrationshintergrund. Aber bundesweit bestünde laut Bundesarbeitsagentur aus 2021 ein Bedarf an jährlich 400.000 in den Arbeitsmarkt Einwandernden. Allein in Schleswig-Holstein wird sich die Zahl aller Beschäftigten bis 2035 prozentual dreimal so stark wie im Bundesdurchschnitt verringern. Ohne eine forcierte Einwanderung und systematische Arbeitsmarktintegration der nichtdeutschen Inländer*innen werden 180.000 Beschäftigte auf dem schleswig-holsteinischen Arbeitsmarkt fehlen. Das Institut für Arbeitsmarktforschung (IAB) erklärt sogar, dass schon bis 2025 die Zahl der Erwerbspersonen um 9,5 % zurückgehen wird, bis 2050 sogar um bis zu 30 %. Ohne Kompensation durch Einwanderung würden 2035 im Bundesland ca. 1,39 Mio. Menschen im beschäftigungsfähigen Alter die Altersversorgung von 0,87 Mio. Ruheständler*innen erwirtschaften müssen – ein Verhältnis von 1,6:1.

Doch selbst mit Blick auf diese Daten und zu erwartenden Entwicklungen ist es im Berichtszeitraum nicht gelungen, bzgl. der auch finanziell teuren Fixierung der Politik auf den Vollzug von Aufenthaltsbeendigungen bei geduldeten Personen, einen Paradigmenwechsel hin zu einer systematisch auf nachhaltige Integrationsförderung für Ausreisepflichtige ausgerichteten Landespolitik zu erreichen.

2021 sind in Schleswig-Holstein mit 269 staatlich geförderten sogenannten freiwilligen Ausreisen (gegenüber 2019 mit 757) vermutlich Corona-bedingt weiter zurückgegangen. Allerdings ist mit 250 Abschiebungen in Herkunftsländer oder aufnahmebereite Drittstaaten und 92 Dublin-Abschiebungen gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um 14% festzustellen. Im August 2021 wurde die von Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern geschaffene und jährlich 18 Millionen Euro teure Abschiebungshaftanstalt in Glückstadt eröffnet. Dort, in einer 1936 von Nazideutschland gebauten Kriegsmarinekaserne, können auch Frauen und Familien inhaftiert werden – wenngleich die Landesregierung zunächst beteuert, das nicht umsetzen zu wollen. Zuständig für den Vollzug ist das Landesamt für Zuwanderung und Flüchtlinge SH.

Der Flüchtlingsrat hat im Berichtszeitraum mit dem Ziel ein Rechtsberatungsangebot in der Haftanstalt zu machen, Gespräche mit dem Landesamt aufgenommen. Die Rechtsberatung des Flüchtlingsrates in der Haftanstalt in Glückstadt nimmt auf Grundlage von privater Drittmittelförderung 2022 die Arbeit auf. Der Flüchtlingsrat ist darüber hinaus mit anderen Organisationen zum Thema Abschiebungshaft in SH vernetzt und mit dem Vereinsmitglied Solveigh Deutschmann im Landesbeirat für die Abschiebungshaft vertreten.

Entgegen der Weigerung des Landes, beim Flüchtlingsrat Rechtsberatung für Geflüchtete zu fördern, konnte im Berichtsjahr die Etablierung einer juristisch qualifizierten Rechtsberatungsstelle für Geflüchtete mit privaten Drittmitteln realisiert werden. Dieses Angebot hat in den Räumen der Kieler Geschäftsstelle des Flüchtlingsrates 2021 seine Arbeit aufgenommen und arbeitet seither in enger Vernetzung mit der Refugee Law Clinic Kiel und anderen Beratungsanbietern im Bundesland.

Das Kontingent zum Nachzug von Familienangehörigen zu Flüchtlingen mit subsidiärem Schutzstatus in Deutschland ist 2021 nur zur Hälfte ausgeschöpft worden. Es geht um die Kernfamilie, Ehegatten und minderjährige Kinder, die in zahlreichen Fällen in den umkämpften Herkunftsländern selbst vor Verfolgung auf der Flucht sind oder unter höchst prekären Bedingungen in Transitstaaten ausharren. Laut Auswärtigem Amt wurden im vergangenen Jahr 5.934 (im Vorjahr 5.311) Visa von 12.000 möglichen erteilt. Die meisten – rund 2.290 – bekamen 2021 Syrer*innen von der Deutschen Botschaft Beirut. Im Irak wurden 1.370, in Istanbul rund 810 Visa erteilt. Beratung von Betroffenen der Slow-Motion-Bürokratie bei der Entscheidung über Visumsanträge von Angehörigen in Schleswig-Holstein lebender Geflüchteter ist im Berichtsjahr zahlreich nachgefragt worden.

Im Berichtsjahr 2021 hat sich in der syrischen Communities nach dem von der IMK im Dezember 2020 beschlossenen formellen Ende des Abschiebungsstopps zunehmend Nervosität verbreitet. Die Brückenkopflage Schleswig-Holsteins hat im Berichtsjahr zu einer verstärkten europäischen Binnenmigration von Geflüchteten insbesondere aus Syrien nach Schleswig-Holstein geführt, die sich besonders in Dänemark zunehmend von zwangsweisen Abschiebungen bedroht sehen.

Die Landesregierung hat den seit 2013 geltenden Angehörigen-Aufnahme-Erlass für in Schleswig-Holstein lebende Syrer*innen über das Berichtsjahr hinaus fortgeschrieben. Ebenso hat die Landesregierung 2021 einen Erlass herausgegeben, der angesichts des Bürgerkriegsausbruchs in Äthiopien die bürokratischen Abläufe beim Familiennachzug beschleunigen will. Auch mit Blick auf die mit der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan auch hierzulande einhergehenden Verwerfungen hat die Landesregierung auf dem Erlasswege die Vorschriften zur Erfüllung der Passpflicht liberalisiert.

Die bleiberechtsorientierte Unterstützung von geduldeten Geflüchteten, die der Flüchtlingsrat insbesondere im Zuge seiner Mitwirkung in den Koordinationen Integrationsnetzwerke für Geflüchtete Alle an Bord! und Mehr Land in Sicht! und z.T. auch in der Arbeit des Netzwerks IQ umzusetzen sucht, stand 2021 weiterhin unter besonderem Druck durch die Pandemie und ihrer Folgen bzgl. Zugänglichkeit von zuständigen Behörden und Betrieben.

Auch die Netzwerk- und informationelle Zuarbeit für Unterstützende und Solidaritätsinitiativen Geflüchteter und andere Multiplikator*innen im Bundesland standen im Berichtsjahr unter dem einschränkenden Einfluss des Corona-Regimes. Dennoch konnten zahlreiche Angebote, Veranstaltungen und Vernetzungen auf dem digitalen Weg erreicht werden.

Im Berichtsjahr eskalierten die Nachrichten über die Situation von in den EU-Frontstaaten gestrandeten Geflüchteten, die in Internierungslagern eingepfercht, rechtlos gestellt oder nach rechtswidrigen Pushbacks in den Wäldern und auf offener See sich selbst überlassen wurden. Berichte über regelmäßige rechtswidrige Zurückschiebungen seitens der Grenzschutzbehörden sind in 2021 auch über die für Betroffene bisweilen tödliche Situation an der polnisch/belarussischen Grenze bekannt geworden. Dennoch gelang es immerhin 11.228 Asylsuchenden über den Transit durch Belorussland nach Deutschland zu gelangen.

Auch das Jahr 2021 zeichnete sich durch rassistische, islamfeindliche und antisemitische Hetze und Diskriminierungen insbesondere gegenüber (vermeintlich) Nichtdeutschen aus. Dem Verein ist es aber gelungen, gemeinsam mit Kooperationspartner*innen proaktiv zu diesem Thema an die Öffentlichkeit zu gehen, antirassistische und Schulungsangebote zur Förderung der interkulturellen Kompetenz sowie Lobbyinitiativen gegenüber politischen Entscheidungsträger*innen umzusetzen.

Lobby-, Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen 2021

Im Berichtsjahr 2021 bestand für die Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit des Flüchtlingsrates eine besondere Herausforderung:

Der Verein beging im Berichtsjahr sein 30-jähriges Bestehen. Dazu wurde eine Sonderausgabe des Magazins Der Schlepper mit dem Titel „30 Jahre Fluchthilfe“ erarbeitet und im späten Frühjahr veröffentlicht. Am Weltmenschenrechtstag, dem 10. Dezember 2021, wollten wir gern mit allen Mitgliedern, Unterstützer*innen Kooperationspartner*innen und Gesprächspartner*innen aus der Politik im Rahmen einer Präsenzveranstaltung in der Kieler Räucherei das 30-jährige Vereinsbestehen begehen und miteinander den Blick zurück nach vorn richten. Leider konnte dieser Plan aufgrund der Pandemieentwicklung nicht realisiert werden. Aber es ist uns immerhin gelungen, am 10. Dezember in Kooperation mit dem Offenen Kanal Schleswig-Holstein eine Hybrid-Veranstaltung umzusetzen und mit Mitgliedern, Unterstützenden, dem Staatssekretär Torsten Geerdts vom Kieler Innenministerium und mit Vertreter*innen im Landtag vertretener demokratischer Parteien den „Bick zurück nach vorn“ in die flüchtlings- und einwanderungspolitisch herausfordernde Vergangenheit und Zukunft zu richten. Außerdem wurde bei diesem Event der Leuchtturm des Nordens 2021 an Shabdiz Mohammadi aus Flensburg verliehen. Alle Redebeiträge, Gesprächsrunden und das Podium sind online dokumentiert: https://www.frsh.de/artikel/dokumentation-blick-zurueck-nach-vorn/

Darüber hinaus fanden 2021 Bundestagswahlen statt, was den Verein veranlasste, ein mit zahlreichen Kooperationspartner*innen gemeinsam realisiertes bundespolitisches Hearing zu bestehenden flüchtlings- und einwanderungspolitischen Handlungsbedarfen und Forderungen zur Bundestagswahl umzusetzen und im Zuge des Magazins Der Schlepper Nr. 101 sowohl analog als auch digital zu dokumentieren und gemeinsam zu veröffentlichen.

Projekte und Geschäftsstelle des Flüchtlingsrats haben Veranstaltungen und Printpublikationen sowie online-Angebote (Websites, E-Mail Newsletter etc.) zu einer breiten Themenpalette erarbeitet und umgesetzt. Die Geschäftsstelle unterstützt die Öffentlichkeitsarbeit der verschiedenen Projekte operativ, aber besonders auch indem sie zentrale Themen und Querschnittanliegen verknüpfte und koordinierte.

Viele erfolgreiche öffentliche Initiativen speziell in den Bereichen der Bekämpfung von Rassismus und der Antidiskriminierung wurden fortgeführt. Weitere thematische Schwerpunkte waren: Aufklärung über Fluchtursachen und Rückkehrrisiken mit verschiedenen regionalen Schwerpunkten, landes- und bundespolitische Gesetzesvorhaben, die aufenthaltsrechtliche Situation sowie die Situation an den europäischen Außengrenzen.

Stellungnahmen

Zu unterschiedlichen Gesetzesvorhaben und im Rahmen verschiedener Gesetzgebungsprozesse hat der Flüchtlingsrat aufgefordert und unaufgefordert Stellungnahmen – teilweise in Kooperation mit strategischen Partner*innen – verfasst und an relevante Steakholder, insbesondere Ministerien, Abgeordnete, Fraktionen und Parteien kommuniziert.

Im Berichtsjahr wurden folgende Stellungnahmen abgegeben und veröffentlicht:

11.01.2021: Rassistischer Mord in Lübeck – Tat und Ermittlungsfehler endlich aufklären!

12.01.2021: Libyen - Dramatischer Appell an die italienische Regierung

03.05.2021: AZRG - Datenschutz soll für Geflüchtete weiter ausgehöhlt werden

12.05.2021: Stellungnahme zum Gesetzentwurf eines Landesaufnahmegesetzes SH

22.06.2021: Stellungnahme zum Bundespolizeigesetz

24.06.2021: Bundespolizeigesetz schafft rechtlich fragwürdiges Zuständigkeitswirrwarr

25.11.2021: Erste Bewertung des Ampel-Koalitionsvertrages

Öffentlichkeitsarbeit

„Magazin für Migration und Flüchtlingssolidarität in Schleswig-Holstein – *Der Schlepper*"

Der Schlepper ist 2021 im 25. Jahrgang erschienen. Im Berichtszeitraum entstanden insgesamt drei Ausgaben, jeweils in einer Auflage von 1.600 Exemplaren:

- Die Frühjahrs/Sommerausgabe 2021 als Nummer 100 erschien im Juni unter dem Titel „30 Jahre Fluchthilfe" als Jubiläumsausgabe zum 30-jährigen Bestehen des Flüchtlingsrats Schleswig-Holstein. In dem 190-seitige Heft mit 88 Beiträgen wurde die Vereinsgeschichte und damit die historische Entwicklung der Flüchtlingspolitik im Bundesgebiet und in Schleswig-Holstein nachgezeichnet, sind die Ziele und Arbeitsbereiche des Vereins erläutert worden, stellten zahlreiche Netzwerkpartner*innen der Flüchtlings-, Migrations- und Antirassismusarbeit ihre Arbeit und die Kooperationen mit dem Flüchtlingsrat vor, erklärten Vertreter*innen der Landesregierung und Fachpolitiker*innen bestehende politische Handlungsbedarfe, ihr Verhältnis zum Flüchtlingsrat und zur zivilgesellschaftlichen Flüchtlingssolidaritätsarbeit und wurden die Fluchtgründe und Überlebensnöte in zahlreichen Ländern weltweit ausgeleuchtet. https://www.frsh.de/schlepper/der-schlepper-nr-100/
- Die Herbstausgabe Nr. 101 erschien im September 2021 als Dokumentation des mit 23 Organisationen im August durchgeführten „Flüchtlings- und einwanderungspolitischen Hearing zur Bundestagswahl 2021". https://www.frsh.de/schlepper/der-schlepper-nr-103/
- Die Winterausgabe Nr. 102 erschien im Dezember 2021 und hatte die Schwerpunktthemen Wahlrecht für alle, Fluchtgründe & Fluchtwege, Rückkehrförderung und Diverse Erinnerungskultur. https://www.frsh.de/schlepper/der-schlepper-nr-102/

Das Magazin Der Schlepper wird von ca. 1.200 Personen und Organisationen aus Schleswig-Holstein und Leser*innen bundesweit abonniert. Der Rest der Auflagen wurde im Berichtsjahr Coronabedingt weniger von Infotischen bei Veranstaltungen, aber im Zuge gesonderter Anforderungen von Initiativen, Organisationen und Einzelpersonen verbreitet.

Die im Berichtsjahr erschienenen Ausgaben – insbesondere die Jubiläumsausgabe – sind bundesweit sowohl digital als auch als Printversionen zur Lobby- und Unterstützungsarbeit zahlreich nachgefragt worden.

Die **Mailingliste [flucht-sh]** war wiederum auch im Corona-Jahr 2021 hoch frequentiert und stellt ein etabliertes und wichtiges landesweites Kommunikationsmittel für die in der Migrations- und Flüchtlingsarbeit Tätigen im Bundesland und darüber hinaus dar. Die Liste erreicht über 1.260 Abonnement*innen und teilte 2021 insgesamt 991 Nachrichten. U. a. Dokumente mit rechtlichem Inhalt oder Hintergrundinformationen zu den Herkunftsländern der Zielgruppen, Erlasse, Beratungs- und Unterstützungsangebote, Veranstaltungshinweise, Literaturtipps sowie Stellenangebote und andere migrations- und flüchtlingspolitisch relevante Informationen wurden über die Mailingliste verteilt.

Veranstaltungen

Die Veranstaltungen des Flüchtlingsrates und seiner Projekte konnten 2021 unter den Corona-Bedingungen regelmäßig nicht in Präsenz angeboten werden. Die Umsetzung der veranstaltungsorientierten Arbeit auf digitale Formate ist allerdings gut gelungen. Digitale Angebote werden auch künftig zum Programm des FRSH gehören, weil auf diesem Wege auch Teilnehmende zu erreichen sind, die über zentral umgesetzte Präsenzangebote nur bedingt erreichbar sind.

Im August 2021 fand das vom Flüchtlingsrat SH federführend koordinierte flüchtlings- und einwanderungspolitische Hearing von 23 zivilgesellschaftlichen Organisationen als im Offenen Kanal Schleswig-Holstein umgesetzte Hybrid-Veranstaltung statt: https://www.frsh.de/artikel/fluechtlings-und-einwanderungspolitisches-hearing-zur-bundestagswahl/

Der Verein hat sich im Herbst 2021 einer Rahmenveranstaltung zur völkerrechtlichen und politischen Situation in Syrien an der Fotoausstellung „Von Herzen, aus Idlib" www.frsh.de/ausstellung in der Kieler Nikoleikirche und mit der Herausgabe der zweisprachigen Broschüre „Informationen für Geflüchtete aus Syrien" an den von der Heinrich Böll Stiftung SH koordinierten Kulturwochen Syrien beteiligt.

Im Berichtszeitraum stattgefundene Veranstaltungen und Events waren:

08.03.2021: Online-Lesung "Mama Superstar" (IQ Netzwerkkorddination und die Projekte Souverän und Mit Recht gegen Diskriminierung [ADVSH])

01.06.2021: Ausbildungsduldung – Rechtslage und Beratungsstrategien – Vorstellung Checkliste zur Ausbildungsduldung in SH (FRSH, Paritätischer SH und Diakonie SH)

16.06.2021: "Migrant*innen[selbst]organisation" (IQ Projekt Souverän und andere)

17.06.2021: Fortbildung: Zugang zum Arbeitsmarkt, Unterstützungsmöglichkeiten und Perspektiven für Geflüchtete (Alle an Bord! Und Mehr Land in Sicht!)

23.07.2021: Politische Beteiligung - Vielfalt fördern, Diskriminierung abbauen (Online) (AMIF Projekt Neue Heimat)

10.08.2021: Fortbildung für Ehrenamtliche: Voraussetzungen, Perspektiven und Herausforderungen der Beschäftigungsduldung (Rechtsberatung f. Geflüchtete und Alle an Bord!)

12.08.2021: Grundlagenschulung Identitätsklärung und Passbeschaffung mit Länderfokus Afghanistan (AMIF-Projekt Landesweite Flüchtlingshilfe)

17.08.2021: Flüchtlings- und einwanderungspolitisches HEARING zur BUNDESTAGSWAHL (Kooperation mit zahlreichen Kooperationspartner*innen)

19.08.2021: Online-Fortbildungsreihe: Asylrecht und Arbeitsmarkt - Modul 1: Übersicht Flucht und Asyl in Europa, Deutschland und Schleswig-Holstein

26.08.2021: Online-Fortbildungsreihe: Asylrecht und Arbeitsmarkt - Modul 2: Paragraphen-Wirrwarr?! - Grundlagen des Asylverfahrens und der Aufenthaltsstatus (Alle an Bord! Und Mehr Land in Sicht!)

Mittwoch, 01.09.2021: Kundgebung zum Antikriegstag (Gemeinsamer Aufruf mit Kooperationspartner*innen)

02.09.2021: Informationen und Fachaustausch: Aspekte der Identitätsklärung im Rahmen von Ausbildungs- und Beschäftigungsduldung (AMIF Projekt Landesweite Flüchtlingshilfe und Alle an Bord!)

04.09.2021: #unteilbar-Demonstration am 4. September 2021 in Berlin (Aufruf der Landesflüchtlingsräte)

09.09.2021: Online-Fortbildungsreihe: Asylrecht und Arbeitsmarkt - Modul 3: Arbeitsmarktzugang, Förderinstrumente und Unterstützungsmöglichkeiten für Geflüchtete (Alle an Bord! Und Mehr Land in Sicht!)

15.09.2021: Die "Mittelmeermonologe" im Schauspielhaus Kiel (FRSH)

15.09.2021: Workshop zu politischer Beteiligung in Mölln (AMIF-Projekt Neue Heimat)

16.09.2021: Online-Fortbildungsreihe: Asylrecht und Arbeitsmarkt - Modul 4: Arbeitsmarktintegration und Bleibeperspektiven für Geflüchtete (Alle an Bord! Und Mehr Land in Sicht!)

16.09.2021: Online-Austausch für Migrant*innen im Kreis Pinneberg zu den Themen Selbstorganisation und Engagement (IQ Projekt Souverän)

28.09.2021: Auftaktveranstaltung zur Veranstaltungs- und Workshop-Reihe: Vielfalt, Gleichberechtigung und Inklusion am Arbeitsplatz (IQ-Projekte Souverän [FRSH], Mit Recht gegen Diskriminierung [ADVSH] und Perspektive Vielfalt [Arbeit & Leben SH])

28.09.2021: Das vielfältige KMU-Frühstück: Fachkräfte gewinnen, halten, stärken! (IQ Koordination beim FRSH, IQ-Projekte Mit Recht gegen Diskriminierung (ADVSH), Perspektive Vielfalt SH [Arbeit und Leben SH], Beratungsagentur Fachkräfteeinwanderung [BWHSH])

03.10.2021: Interkulturelles Sport- und Spielfest in Kiel (Projekt Souverän & Landesweite Flüchtlingshilfe)

06.10.2021: Workshop zu politischer Beteiligung in Pinneberg (AMIF Projekt Neue Heimat)

7.10.2021: Online-Filmvorführung zum Welttag für menschenwürdige Arbeit: „Dringend gesucht – Anerkennung nicht vorgesehen. Hausangestellte erstreiten sich ihre Rechte.“ (IQ-Projekte Souverän [FRSH], Mit Recht gegen Diskriminierung [ADVSH] und Perspektive Vielfalt [Arbeit & Leben SH])

11.10.2021: Veranstaltungsreihe Vielfalt, Gleichberechtigung und Inklusion am Arbeitsplatz: Workshop I „Sprachsensible Kommunikation am Arbeitsplatz“ (Alle an Bord und Mehr Land in Sicht!)

22.10.2021: Lebenswege treffen sich - Interkulturelle Frauendialoge in Heide (IQ-Projekte Souverän [FRSH], Schleswig-Holstein spricht [AWO SH] und mit der Stadt Heide sowie Diakonie, VHS, KID-Stelle und Frauen helfen Frauen im Kreis Dithmarschen)

27.10.2021: Workshop „Struktureller Rassismus: „Disrupting Whiteness“ (IQ-Projekte Souverän [FRSH], Mit Recht gegen Diskriminierung [ADVSH] und Perspektive Vielfalt [Arbeit & Leben SH])

30.10.2021: Podiumsdiskussion: SYRIEN – Kriegsgewalt, Überlebensnot – und Abschiebung? (AMIF Projekt Landesweite Flüchtlingshilfe)

30.10.2021: Workshop „Rassismus, Ungleichheit und Inklusion in der Arbeitswelt“ (IQ-Projekte Souverän [FRSH] und Mit Recht gegen Diskriminierung [ADVSH])

10.11.2021: Virtuelle Fachtagung „Chancen und Hürden für Frauen mit Migrationsgeschichte auf dem Arbeitsmarkt“ (IQ Netzwerk SH)

10.11.2021: Vernissage Fotoausstellung "Von Herzen aus Idlib" (AMIF Projekt Landesweite Flüchtlingshilfe)

10.12.2021, Internationaler Menschenrechtstag: Jubiläumsveranstaltung: BLICK ZURÜCK NACH VORN mit Verleihung des Leuchtturms des Nordens 2021 (Hybrid-Veranstaltung des Flüchtlingsrats beim Offenen Kanal SH mit TV-Aufzeichnung)

Härtefallkommission

In der Härtefallkommission haben als Vertreter*innen des Flüchtlingsrats Schleswig-Holstein 2021 Michael Wulf und Solveigh Deutschmann mitgearbeitet. Der Jahresbericht 2021 der Härtefallkommission Schleswig-Holstein ist auf der Web-Seite des Innenministeriums herunterzuladen.

Flughafenforum Hamburg

Seit 2018 ist Solveigh Deutschmann die Vertreterin für den Flüchtlingsrat Schleswig- Holstein im Gremium des Flughafenmonitorings am Flughafen in Hamburg. Es findet eine Kooperation mit der Bundespolizei am Flughafen Hamburg, den verantwortlichen Stellen der Bundesländer Hamburg, Schleswig – Holstein und Mecklenburg-Vorpommern, Nichtregierungsorganisationen, Verbänden der freien Wohlfahrtspflege und der Evangelischen Kirche in Norddeutschland statt. Im Kalenderjahr wurden regelmäßig die Praxis der Flugabschiebungen von Betroffenen aus den beteiligten Bundesländern und Einzelfälle besprochen

Der aktuelle Jahresbericht der Abschiebungsbeobachtung der Diakonie HH am Flughafen Hamburg für den Beobachtungszeitraum 20.1.2021 – 28.1.2022 ist online zugänglich: https://www.diakonie-hamburg.de/export/sites/default/.content/downloads/Fachbereiche/ME/Jahresbericht_Abschiebungsbeobachtung.pdf

Leuchtturm des Nordens 2021

Am Internationalen Menschenrechtstag vergibt der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e. V. seit 2005 einmal jährlich den *Leuchtturm des Nordens* - den Preis für herausragendes Engagement in der Flüchtlingssolidaritätsarbeit.

Der Preis für herausragendes Engagement in der Solidaritätsarbeit ging 2021 an Shabdiz Mohammadi, der 2015 aus Afghanistan nach Schleswig-Holstein geflohen ist. Die Verleihung des in dem Jahr mit 1.000 Euro dotierten Preises erfolgte am Freitag, den 10. Dezember im Fernsehstudio des Offenen Kanals Schleswig-Holstein in Kiel.

Der Preisträger Shabdiz Mohammadi erklärte: *„Mein ehrenamtliches Engagement hat nicht nur anderen, sondern auch mir selbst bei meiner eigenen Integration geholfen. Es hat mir geholfen in Flensburg anzukommen. Es gab mir das Gefühl, nützlich zu sein, und vor allen Dingen, handeln zu können – das gab mir die Möglichkeit, mich ein Stück weit aus der eigenen Ohnmacht und Hilflosigkeit zu befreien."* Dabei sei sein Engagement kein Selbstzweck, erklärt Mohammadi in seiner Dankesrede: *„Ich engagiere mich und habe angefangen mich zu engagieren, weil ich die Notwendigkeit in der Situation gesehen habe. Es ist für mich keine Option wegzuschauen."*

Lara Engelhardt vom Kollektiv Afrodeutscher Frauen - KOA hielt die Laudatio auf den in vielen Feldern der Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts engagierten Preisträger: *"Wir dürfen nicht vergessen, dass Shabdiz Mohhamadi sich trotz all dem noch mit seiner Migration und Lebensrealität auseinandersetzt. Gerade jetzt, wo sich die Situation in Afghanistan so derart verschlechtert. Zwischen all dem Engagement und seiner eigenen Realität findet er Zeit Demonstrationen auf die Beine zu stellen und teilweise mehr als 500 Personen auf die Straße zu mobilisieren und sie für die afghanische Thematik zu sensibilisieren."* Die Laudatio wird traditionell durch die Preisträger*in des Vorjahres gehalten.

Mehr Informationen zum Preis *Leuchtturm des Nordens*: https://www.frsh.de/fluechtlingsrat/leuchtturm-des-nordens/

Presse

Die Presse- und Medienarbeit des Flüchtlingsrats Schleswig-Holstein e. V. wurde im Berichtszeitraum fortgeführt und ausgebaut. Wichtiges Instrument der Pressekommunikation bleibt die Presse-Mailingliste [presse-sh] des Flüchtlingsrats, die derzeit von 183 Journalist*innen und Redaktionen sowie von Pressestellen unterschiedlicher Häuser der Landesregierung und der Kommunen abonniert wird. 2021 wurden vom Flüchtlingsrat 60 Presseerklärungen veröffentlicht. Zusätzlich zur Presse-Mailingliste wurden diese auch auf der Internetseite des Flüchtlingsrats (www.frsh.de), der Mailingliste [flucht-sh], via Twitter (www.twitter.com/FRSHeV) und Facebook (www.facebook.com/FRSHev) verbreitet.

Pressevertreter*innen können die Presse-Mailingliste des Flüchtlingsrates abonnieren: http://www.asyl.org/mailman/listinfo/presse-sh

Pressemitteilungen des Flüchtlingsrats SH in 2021

Presseerklärungen des FRSH e.V. online: www.frsh.de/aktuell/presseerklaerungen/

Im Berichtsjahr vom Flüchtlingsrat SH veröffentlichte Presseerklärungen und -mitteilungen:

07.01.2021	Wir gedenken Oury Jallohs
11.01.2021	Mit Integrationsförderung Corona entgegenwirken
15.01.2021	Petition HafenstraßenMordUnvergessen
20.01.2021	Gewalt und drohender Kältetod mitten in Europa?!
09.02.2021	Sofortiger Abschiebestopp nach Afghanistan!
01.03.2021	Neuer Report "EU AD HOC RELOCATION"
05.03.2021	Migrantinnen und geflüchtete Frauen mehrfach diskriminiert
12.03.2021	Der koloniale Geist der Geringschätzung findet seine Kontinuität in der Flüchtlingspolitik
14.03.2021	Keine Zusammenarbeit mit Diktator und Kriegsverbrecher Assad!
19.03.2021	Ein Gespenst geht um im Land
02.04.2021	Landesflüchtlingsräte & PRO ASYL zum Rückzug aus der Bundestagswahl-Kandidatur von Tareq Alaows
15.04.2021	Keine Abschiebung von Ahmadis nach Pakistan!
23.04.2021	Dänemarks Asylpolitik ist kein Vorbild: Syrien ist nicht sicher!
29.04.2021	Kein Land in Sicht: Weiterhin arbeiten ausländische Arbeitskräfte in prekären Verhältnissen
03.05.2021	AZRG - Datenschutz soll für Geflüchtete weiter ausgehöhlt werden
04.05.2021	Geplante Afghanistan Abschiebung wurde verschoben!
14.05.2021	Auftaktveranstaltung "Transparenz und Respekt" am Diversity Tag
25.05.2021	Bundesrat soll Inhaftierung von Kindern in Abschiebungsgefängnissen ausschließen
01.06.2021	5. Juni: Bundesweiter Aktionstag gegen Abschiebungen nach Afghanistan!
04.06.2021	Neue Afghanistan-Studie belegt Rückkehrgefährdungen
09.06.2021	#weexplainforeveryone - Impfschutz und Gesundheit für alle!
13.06.2021	Für eine integrations- und bleiberechtsorientierte Flüchtlingspolitik

16.06.2021	Eine große rechtspolitische Chance nur suboptimal genutzt
16.06.2021	Abschiebungen in den Krieg stoppen und Gerichtsurteile anerkennen!
18.06.2021	Menschenrechte sind #unteilbar
23.06.2021	Flüchtlingsräte und Pro Asyl sagen: Nein zur massenhaften Datenspeicherung!
24.06.2021	Bundespolizeigesetz schafft rechtlich fragwürdiges Zuständigkeitswirrwarr
02.07.2021	So viel Solidarität war nie!
07.07.2021	Die Würde des Menschen ist abschiebbar
11.07.2021	Notruf der afghanischen Regierung an Europa!
15.07.2021	Geflüchtete Frauen und Mädchen nur unzureichend gegen Gewalt geschützt
02.08.2021	Afghanistan: Altbackenes und beschönigendes Papier des Auswärtigen Amts
10.08.2021	Keine Abschiebungen nach Afghanistan!
11.08.2021	Abschiebungen nach Afghanistan ausgesetzt!
13.08.2021	Spurwechsel statt Abschiebungshaft!
17.08.2021	Parteienvertreter*innen uneinig über einwanderungspolitische Handlungsbedarfe
18.08.2021	Aufnahme besonders gefährdeter Afghan*innen jetzt!
03.09.2021	Aufnahme, Familiennachzug und Bleiberecht für Afghan:innen gefordert
08.09.2021	Kein Staat mehr in Afghanistan!
17.09.2021	Asyl-Zentren: Kein Ort für Kinder – kein Ort für Niemanden!
23.09.2021	Migrationspolitik – Im Wahlkampf nicht der Rede wert?
21.10.2021	Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!
25.11.2021	Geflüchtete Frauen besser schützen!
25.11.2021	Innovationen bei der Flüchtlingsintegration versus Kontinuität bei der Aufenthaltsbeendigung
01.12.2021	Umfassende Bleiberechtsregelungen sind erforderlich!
09.12.2021	„Für eine inklusive und wertschätzende Gesellschaft ohne Diskriminierung“

Projekte und Netzwerke

Berichte über die Arbeit der Projekte und Arbeitsbereiche im Flüchtlingsrats Schleswig-Holstein im Berichtsjahr 2021

Projekt FRSH-Rechtsberatung

Am 01.03.2021 konnte, gefördert durch die UNO Flüchtlingshilfe und die Deutsche Postcode-Lotterie, die Rechtsberatung im Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein ihre Tätigkeit aufnehmen, nachdem die Landesförderung für die Verfahrensberatung im Jahre 2019 nicht verlängert worden war. Das Projekt ist mit einem Volljuristen und einer Teilzeit-Projektassistent*innenstelle ausgestattet.

In der Zeit zwischen 01.03.2021 und 31.12 2021 wurden 842 Beratungsanfragen an die FRSH-Rechtsberatung erfasst. Genau die Hälfte, 421 Beratungsanfragen, erfolgten durch – oder mit Hilfe von – haupt- oder ehrenamtlichen Unterstützenden und Behörden.

Den größten Länderschwerpunkt bildeten 2021, auch bedingt durch den internationalen Truppenabzug und die Machtübernahme der Taliban am 15. August, allein 461 Anfragen zu Afghanistan.

An zweiter Stelle der Länderschwerpunkte steht Syrien mit 109 Anfragen, gefolgt vom Irak mit 45 Anfragen, Eritrea (23), Armenien (22), dem Iran (18), dem Jemen (15) Somalia (9) Tschetschenien (9), der Türkei (8), der russ. Föderation (6), Marokko (5), Ghana, Guinea, Georgien, Mazedonien und Pakistan (jew. 3). Die übrigen betrafen einzelne Anfragen zu anderen Herkunftsländern oder erfolgten ohne Zuordnung zum Herkunftsstaat.

Thematisch bezogen sich allein 337 Anfragen auf Möglichkeiten und Verfahren zur Familienzusammenführung und zur Evakuierung aus Afghanistan im Zusammenhang mit dem Abzug der internationalen Truppen und der Machtübernahme durch die Taliban, 316 davon bezogen sich auf Familienangehörige, davon wiederum 34 auf die „Kernfamilie“ (Ehegatten und minderjährige Kinder). In den gerade einmal sieben Tagen zwischen der Eröffnung der – ursprünglich als Landesaufnahmeprogramm geplanten – Möglichkeit der Anmeldung für ein Kontingent von 300 besonders gefährdeten Angehörigen in Schleswig-Holstein lebender Personen aus Afghanistan und dem Ablauf der Anmeldefrist am 27.08.2021 gingen in der Rechtsberatung 836 Anrufe ein, von denen 207 entgegengenommen werden konnten. Zum Themenkomplex gingen 207 Emails ein. 49 Fälle konnten für das Kontingent SH angemeldet werden, für einen Teil der Anfragenden erfolgte die Anmeldung durch diese selbst oder durch Unterstützende, ein großer Teil der Anfragenden wurde zu den Voraussetzungen und Möglichkeiten informiert und beraten, einige Anfragen konnte mangels Erfüllung der Voraussetzungen beim Auswärtigen Amt nicht angemeldet werden. Daneben erreichten den Flüchtlingsrat bis zum Jahresende 2021 weitere 167 Hilferufe besonders gefährdeter Personen aus Afghanistan (Journalist*innen, Mitarbeiter*innen der Regierung, Angehörigen der Justiz, der Armee und der Polizei, Professor*innen und Lehrer*innen, Ärzt*innen, Personen, die sich für Menschen- bzw. speziell Frauenrechte und Rechte von Minderheiten eingesetzt haben).

An zweiter Stelle in der Häufigkeit standen allgemeine aufenthaltsrechtliche Themen einschließlich der Duldung und Aufenthaltsverfestigung(161), gefolgt von Fragen zur Identitätsklärung und Passbeschaffung (71, vielfach im Hinblick auf unterschiedliche und oft nicht bzw. nicht in zumutbarer Weise zu erfüllende behördliche Anforderungen), zum Familiennachzug (64), zum Asylverfahren (55, davon 21 zu Folgeanträgen), der Umverteilung und Wohnsitzbeschränkung (22), zu Folgeanträgen (21), zur Niederlassungserlaubnis (11), zur Abschiebung (11), zu Dublin-Fällen (10) und zur Einbürgerung (8).

In 32 Fällen wurde das Verhalten von Behörden bemängelt, ein markanter Anteil der Anfragen bezog sich auf Probleme wegen unbearbeiteter oder mit großer Verzögerung bearbeiteter Anträge bei Behörden, insbesondere stark verzögerte Bearbeitungen bei der Ausstellung neuer Aufenthaltsdokumente, Unerreichbarkeit von Behördenmitarbeiter*innen und unsachgemäßer Bearbeitung. Zu einem großen Teil, aber nicht immer waren die beklagen Mängel erklärbar, mit Einschränkungen in Folge der Corona-Pandemie. Auch der Rückgang behördlichen Unterstützung für ehrenamtliche Helfer*innen wurde beklagt. In drei Fällen betrafen Beschwerden die Wohnverhältnisse und Probleme bei Zuweisung anderer Unterkünfte.

Insbesondere Unterstützer*innen aus dem privaten Umfeld der Betroffenen äußerten viel Unverständnis über die Hürden, die gut integrierten und integrationswilligen Menschen mit Migrationshintergrund in der Aufenthaltsverfestigung in den Weg gestellt werden.

116 Hilfesuchende waren weiblich, 352 männlich, in 371 Fällen betrafen die Anfragen Familien. Die übrigen Anfragen waren allgemeine Anfragen.

Im Zeitraum 01.03.2021 bis 31.12.2021 fanden vier von der Rechtsberatung organisierte Fortbildungs- und Informationsveranstaltungen zu den Themen Abschiebehaft und zur Situation in Afghanistan und den für Afghan*innen hierzulande bestehenden Rechtslagen statt. Die Veranstaltungen erfolgten in drei Fällen online, in einem Fall in Präsenz.

Weiterhin hat die Refugee Law Clinic Kiel, eine Gruppe von Studierenden der Christian-Albrechts-Universität Kiel, schon seit 2017 in unseren Räumen aktiv, im Berichtsjahr analog oder digital ehrenamtliche Beratung für Geflüchtete und Unterstützende zu asyl- und aufenthaltsrechtlichen Fragen angeboten (www.refugee-law-clinic.de).

Axel Meixner, Juristischer Berater

Projekt Landesweite Flüchtlingshilfe

Das Projekt „Identität und Respekt – Landesweite Flüchtlingshilfe Schleswig-Holstein“ ist Teil der durch den europäischen Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) geförderten Projektpartnerschaft zur Aufnahme- und Strukturverbesserung Geflüchteter in Schleswig-Holstein. Neben dem Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein sind das Diakonische Werk Schleswig-Holstein, der Paritätische Wohlfahrtsverband Schleswig-Holstein sowie die Diakonie Altholstein Teil der Projektpartnerschaft.

Das gemeinsame Ziel, die Willkommensstruktur und die Aufnahmebedingungen für Geflüchtete in Schleswig-Holstein zu verbessern, wird in verschiedenen Teilprojekten mit unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten umgesetzt. Das Projekt „Identität und Respekt“ hat seine Arbeit im Januar 2021 aufgenommen. Es besteht aus den beiden Teilbereichen Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit sowie Informationen zur Identitätsklärung.

Im AMIF-Projekt des Flüchtlingsrates „Landesweite Flüchtlingshilfe“ ist zum ersten Projektbereich die „Informations- und Öffentlichkeitsarbeit“ für ehren- und hauptamtlich in der Flüchtlingshilfe im Bundesland Engagierte und andere Multiplikator*innen angelegt (siehe dazu die Ausführungen in diesem Jahresbericht auf den Seiten 12-17).

Das andere Teilprojekt „Informationen zur Identitätsklärung“ richtet sich an haupt- und ehrenamtliche Multiplikator*innen, Beratende und Aktive in der Unterstützung Geflüchteter. Neben der informationellen Zuarbeit, unter anderem durch Handreichungen und Broschüren, bietet das Projekt vor allem Schulungen und Veranstaltungen zum Themenkomplex der asyl- und aufenthaltsrechtlichen Mitwirkungspflichten im Rahmen der Identitätsklärung an.

2021wurden vier Veranstaltungen durchgeführt, die sich an verschiedene Adressat*innen richteten und unterschiedliche Themenschwerpunkte behandelten. Aufgrund der pandemischen Lage fanden alle Veranstaltungen digital statt. In zwei Schulungen zu den Themen Identitätsklärung und Passbeschaffung mit Länderfokus Afghanistan wurden vor allem rechtliche Grundlagen der asyl- und aufenthaltsrechtlichen Mitwirkungspflichten vermittelt und auf länderspezifische Informationen am Beispiel Afghanistan eingegangen. Aufgrund der Entwicklungen im vergangenen Jahr ist der Bedarf für entsprechende Informationen nach wie vor hoch.

Die Informationsveranstaltung „Identitätsklärung im Rahmen der Ausbildungs- und Beschäftigungsduldung“ in Kooperation mit dem Netzwerk „Alle an Bord!“ richtete sich vor allem an Berater*innen im Kontext der beruflichen Arbeitsmarktintegration Geflüchteter. Im Rahmen des anschließenden Fachaustauschs der Teilnehmenden konnten nicht nur Fallbeispiele besprochen, sondern auch weitere Bedarfe für die Beratungspraxis ausgemacht werden.

Auf Anfrage des Vormundschaftsvereins lifeline e. V. fand zum Jahresende zudem eine Veranstaltung zu Mitwirkungspflichten bei Identitätsklärung und Passbeschaffung statt, die insbesondere die Bedarfe von Unbegleiteten Minderjährigen Geflüchteten (umF) und deren Vormünder sowie jungen Erwachsenen in den Blick nahm.

Nicht zuletzt durch die landesweite Vernetzung des Projekts konnten im vergangenen Jahr weitere Bedarfe ausgemacht und Partner*innen für potentielle zukünftige Kooperationen gewonnen werden. Für 2022 ist neben den Kooperationsveranstaltungen insbesondere ein Fachtag zum Thema Identitätsklärung geplant.

Die Nachfrage an weiterführenden Informationen sowohl von Betroffenen als auch von Unterstützer*innen und Beratenden ist zudem groß. Neben den Veranstaltungs- und Schulungsformaten erstellt das Projekt darum auch Handreichungen und Publikationen für unterschiedliche Zielgruppen. Im ersten Projektjahr erschien eine zweisprachige Handreichung in Deutsch und Arabisch, die sich an syrische Geflüchtete sowie Unterstützende richtet. Eine analoge Publikation für afghanische Geflüchtete ist derzeit im Entstehen.

Projekt Westküste Ahoi! 2.0

Das Projekt „Westküste Ahoi! 2.0 – Vernetzung solidarischer Flüchtlingshilfe“ hat 2021 das zuvor umgesetzte Projekt „Westküste Ahoi!“ abgelöst. Es wird von der Aktion Mensch und dem FÖRDErverein gefördert. Es knüpft seit August 2021 an ein Vorgängerprojekt an, das im Mai 2020 ausgelaufen ist, und dient der Unterstützung solidarisch engagierter Haupt- und Ehrenamtlicher in den Landkreisen Nordfriesland, Dithmarschen und Steinburg sowie in der Region Mittelholstein. Ein weiteres Ziel ist die Unterstützung der Selbsthilfe Geflüchteter durch informationelle Zuarbeit, Schulungsangebote und bei Bedarf mit Verweisberatung.

Durch die Verortung des Projektes an der Westküste ist die Zusammenarbeit mit lokalen Akteur*innen unentbehrlich. In der ersten Phase standen der Kontaktaufbau zu hauptamtlichen Akteur*innen und die Öffentlichkeitsarbeit im Fokus, um frühere Kooperationen wieder aufzunehmen und neue einzugehen. Ansprechpartner*innen sind unter anderem die Koordinierungsstellen für Integration und Teilhabe, die Diakonischen Werke, die Caritas und die Volkshochschulen. Insbesondere im Kreis Steinburg und in Mittelholstein war eine intensive Netzwerkarbeit notwendig. Durch die regelmäßige Teilnahme am Runden Tisch Integration Eiderstedt und an der AG Ehrenamt des Kreises Dithmarschen ist die Präsenz vor Ort gewährleistet. Mit der Beauftragten für die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe im Kreis Dithmarschen und der Fachstelle Migration Eiderstedt des Diakonischen Werkes Husum besteht eine enge Kooperation.

Mit der Kontaktaufnahme war eine Bedarfsanalyse verbunden. Die Auswirkungen der Pandemie sind massiv. Viele Angebote und Begegnungsmöglichkeiten sind weggebrochen. Gleichzeitig sind viele Ehrenamtliche nicht mit digitalen Formaten zu erreichen, diese werden häufig nicht gut angenommen. Für Begegnungsveranstaltungen ist das persönliche Treffen wichtig, in der Pandemie aber nicht möglich. Daher werden neue Ansätze für die Engagementförderung benötigt, um Strukturen wiederaufzubauen und sowohl ehemals Engagierte als auch neue Ehrenamtliche zu gewinnen. Darüber hinaus bestehen einzelne Koordinierungsstellen nicht mehr, so dass Ansprechpartner*innen für Engagierte fehlen. Die regionale Vernetzung der Akteur*innen ist ein weiteres Ziel des Projektes und soll im kommenden Jahr intensiviert werden.

Ein von vielen Akteur*innen benanntes Thema ist „Sucht unter Geflüchteten“, hierzu ist ein Fachtag in Vorbereitung. Auch der ausbaufähige Personennahverkehr und die daraus resultierenden Probleme wurden häufig genannt und verdeutlichen die Bedeutung digitaler Beratungs- und Förderangebote.

Auf die Bedarfsermittlung folgte die Planung von Veranstaltungen und Fortbildungsformaten, die 2022 umgesetzt werden sollen. Eine Aktion in Brunsbüttel, Heide und Tönning zum Tag des Ehrenamtes am 5.12.2021 musste Corona-bedingt abgesagt werden. Ein weiterer Bedarf hat sich im Bereich Patenschaften ergeben. Ein koordinierter Austausch unter Projekten fehlt bislang. Westküste Ahoi! 2.0 baut daher ein Netzwerk für Mentoring- und Patenschaftsprojekte an der Westküste auf, in dem Projekte mit unterschiedlichen Zielgruppen und Ausrichtungen regelmäßig zusammenkommen, sich austauschen und gemeinsam Fortbildungen wahrnehmen. Ein Netzwerk verschafft den Projekten eine größere Öffentlichkeit und stärkt die Projekte langfristig.

Mitarbeiter*innen in dem Projekt sind Jan Rademann und Danica Fröhlich.

Bleibeperspektive und gesellschaftliche Teilhabe

Was uns beim Engagement zur Unterstützung der arbeitsmarktlichen Integration Geflüchteter und anderer Migrant*innen motiviert

Jahrzehntelang war Geflüchteten im Asylverfahren der Zugang zu Arbeit, beruflicher Qualifizierung und auch zu weitergehender Bildung versperrt. Schon im Jahr 2002 hat der Flüchtlingsrat die sich im Rahmen des EU-Förderprogramms EQUAL erstmals bietende Chance wahrgenommen berufliche Qualifizierungs- und Beratungsangebote für Geflüchtete mit ungesichertem Aufenthalt anzubieten. Ziel war neben der konkreten Unterstützung der Betroffenen auch, den politisch Verantwortlichen praktisch zu zeigen, dass die Teilhabe am Arbeitsmarkt und an beruflicher Qualifizierung und Bildung nicht nur eine Chance für die Geflüchteten sondern auch ein Gewinn für die Gesellschaft ist und so diese Tür weiter zu öffnen.

Seit damals hat sich tatsächlich einiges verändert. Es gibt mehr Optionen für eine berufliche Perspektive Geflüchteter und eine verbesserte Förderung. Der Anteil Geflüchteter in Arbeit und Ausbildung ist deutlich angewachsen, Rechtsinstrumente wie die Ausbildungsduldung eröffnen berufliche und Bleibeperspektiven. Aber auch die Anforderungen, entsprechende Integrationsleistungen zu erbringen, um eine Bleibeperspektive zu erreichen sind gestiegen und stellen nicht selten eher eine Hürde als eine Chance dar und es besteht die Gefahr, dass Bleiberecht weniger von humanitären als von Nützlichkeitserwägungen abhängig gemacht wird. Darüber hinaus sind auch in den letzten Jahren immer wieder Öffnungsoptionen einher gegangen mit restriktiven Gesetzesänderungen und haben wie das Migrationspaket im Jahr 2019 Licht und Schatten mit sich gebracht. Daher hat der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein auch im Berichtsjahr 2021 in seinen Bemühungen nicht nachgelassen, sich für eine strukturelle Öffnung des Zugangs zu Arbeit und Bildung Geflüchteter einzusetzen, konkrete Unterstützungsangebote anzubieten und gleichzeitig auch die humanitären Aspekte und die gesellschaftliche Verantwortung für die Aufnahme und Teilhabe Geflüchteter einzufordern.

Dies geschieht aktuell in dem bundes- und EU-geförderten Netzwerk *Mehr Land in Sicht!* und im landesgeförderten arbeitsmarktlichen Beratungsnetzwerk *Alle an Bord!*. Beide koordiniert der Flüchtlingsrat gemeinsam mit dem Paritätischen Schleswig-Holstein und in beiden Netzwerken bieten verschiedene operative Partner Beratung und Unterstützung auf dem Weg in den Arbeitsmarkt und berufliche Qualifizierung und Bildung an. Über die Koordination werden Bedarfe zum Abbau struktureller Hürden und Lösungsvorschläge an die zuständigen Stellen weitergegeben und diskutiert.

Mit der Förderung des IQ Netzwerks Schleswig-Holstein, welches u.a. die landesweite Beratung zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse ermöglich hat, bot sich ab 2013 die Möglichkeit, die Kompetenzen der Geflüchteten aber auch anderer Migrant*innen in den Fokus zu rücken. Dies entsprach auch dem Anliegen, von der gängigen Unterscheidung in Geflüchtete, Arbeitsmigrant*innen, EU-Ausländer*innen wegzukommen und die Forderung nach einer kongruenten Einwanderungspolitik unabhängig von Herkunft und Status auch praktisch zu unterstützen. Das IQ Netzwerk Schleswig-Holstein, das vom Flüchtlingsrat koordiniert wird, wendet sich nicht nur an Geflüchtete sondern an alle Migrant*innen, die ihre mitgebrachten beruflichen Kompetenzen und Abschlüsse einbringen und in eine berufliche Perspektive umsetzen wollen.

Mit der Umsetzung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes wurde ein entscheidender Schritt in Richtung Einwanderung von Fachkräften aus dem Ausland, insbesondere aus Drittstaaten geschaffen. Es wurden unterschiedliche Bundes- und Landesstellen geschaffen, um sowohl Fachkräften aus dem Ausland als auch deren Arbeitgebenden direkt zu Themen wie Anerkennung von Abschlüssen und Einreisevisa aber auch zu Fragen wie Aufenthalt und Beschäftigungserlaubnis Beratung und Unterstützung anzubieten.

Was allerdings auch nicht außer Acht gelassen werden sollte, ist die Unterstützung und Beratung sowie weitere Angebote für die Fachkräfte mit Migrationsgeschichte und die Fachkräfte unter den Geflüchteten im Inland. Denn viele Fachkräfte, die seit Jahren Deutschland leben und evtl. arbeiten, stellen keinen Antrag auf Anerkennung ihres Abschlusses. Dies hat unterschiedlichen Gründe, denen nachgegangen werden sollte.

Obwohl die arbeitsmarktliche Wirkung des Anerkennungsverfahrens auf den Arbeitsmarkt durch das Forschungsinstitut der Bundesagentur für Arbeit als insgesamt positiv bewertet wurde, gibt es auch Probleme, die angegangen werden müssen: Laut einer Umfrage der IAB vom Februar 2021[1] geben etwa 7% der Befragten an, dass sie das Anerkennungssystem nicht kennen. Weitere 6% nennen den hohen Aufwand des Anerkennungsverfahrens als Grund, keinen Antrag zu stellen, bei 3% sind es die Kosten und 4% gaben an, dass ihnen wichtige Dokumente fehlen.

Deshalb wäre eine zielgerichtete Unterstützung und eine Senkung der Gebühren und des bürokratischen Aufwands ein wichtiger Schritt, um inländischen Fachkräfte zu gewinnen und nachhaltig zu beschäftigen. Hier sei angemerkt, dass leider keine Statistiken darüber vorliegen, wie viele bereits im Ausland qualifizierte Personen hierzulande nicht in ihrem Bereich tätig sind.

Ein anderes Hindernis für die Unterbeschäftigung von inländischen Fachkräften ist, dass die Unternehmen und Betriebe oftmals eine Berufserfahrung in Deutschland für die Beschäftigung voraussetzen. Dies stellt für viele Personen, die bereits lange hier leben und sich ihren Unterhalt mit geringfügigen Jobs und Helfer*innentätigkeiten verdienen müssen, ein Dilemma dar und ist ein Teufelskreis: Ohne Berufserfahrung keine Aussicht auf ein Praktikum oder Beschäftigung und ohne Praktikum oder Beschäftigung keine Möglichkeit Erfahrung in dem erlernten Beruf zu sammeln.

Zwar ist seit 2020 die Corona Pandemie ein wichtiger Grund dafür, dass die Unternehmen keine Praktikumsplätze zur Verfügung stellen, aber dies ist mit Blick auf den nach wie vor bestehenden Fachkräftemangel ein Dilemma.

Astrid Willer & Farzaneh Vagdy-Voß

[1] http://doku.iab.de/kurzber/2021/kb2021-02.pdf

Mehr Land in Sicht!

Seit 2002 koordiniert der Flüchtlingsrat auf Grundlage von erfolgreich eingeworbener Bundes-/ESF-Förderung heterogener Netzwerke zur arbeitsmarktlichen Integration von Geflüchteten in Schleswig-Holstein. Im Jahr 2009 hat der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein dem Paritätischen Wohlfahrtsverband Schleswig-Holstein die Zuwendungsempfängerschaft und gemeinsame Koordination dieser politisch ambitionierten solidarischen Netzwerkarbeit angetragen, der dieses Angebot gern angenommen hat. In der Netzwerkkoordination ist der Flüchtlingsrat seither mit einer 25%-Personalstelle vertreten.

Auch im zweiten Jahr der Corona-Pandemie setzte das Netzwerk „Mehr Land in Sicht! – Arbeit für Flüchtlinge in Schleswig-Holstein“ in 2021 mit seinen fünf Teilprojekten an verschiedenen Orten in Schleswig-Holstein seine erfolgreiche Vermittlungs- und Netzwerkarbeit fort. Gefördert wird das Netzwerk durch den Europäischen Sozialfonds (ESF) und das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) im Rahmen der ESF-Integrationsrichtlinie Bund im Handlungsschwerpunkt „Integration von Asylbewerbern und Flüchtlingen“ (IvAF). Folgende Teilprojekte waren auch in 2021 Mitglieder des Projektverbunds. Sie unterstützten die Zielgruppe der Personen mit Fluchterfahrung die noch keinen verfestigten Aufenthalt, aber zumindest einen nachrangigen Zugang zum Arbeitsmarkt haben, stufenweise und nachhaltig in Arbeit, Ausbildung oder Schulausbildung zu integrieren:

Teilprojekte Träger:

- die ZBBS – Zentrale Bildungs- & Beratungsstelle f. Migrant*innen e.V. mit dem Projekt BE IN
- der Verein Umwelt Technik Soziales e.V. (UTS) mit dem Projekt Arbeitsmarktservice
- die Handwerkskammer Lübeck mit dem Projekt Handwerk ist interkulturell
- der Kreis Nordfriesland mit dem Projekt Ankommen – Perspektive Job
- das Diakonische Werk Hamburg West/Südholstein mit dem Projekt Interkulturelle Öffnung

Nach Einführung und Verfestigung der digitalen Tools konnten die regelmäßigen Vernetzungstreffen und Austauschformate mit Kooperationspartner*innen, Arbeitsmarktakteur*innen und Fachdiensten in 2021 wieder durchgeführt werden. Nachdem die Beratung der Teilnehmenden und Klient*innen der Teilprojekte in 2020 zunächst nicht mehr durchgeführt werden konnten, wurden durch die umfangreichen Hygienekonzepte der Projekte wieder vollumfänglich Beratungen angeboten. Diese waren auch besonders notwendig, da die Verwaltungen und Behörden zum größten Teil dem Publikumsverkehr nicht zugänglich waren. Die Nutzung von Mails und anderen digitalen Formaten sind Geflüchteten nicht immer möglich, so dass Beratungsstellen hier eine sehr wichtige und notwendige Unterstützung darstellten. Dabei konnten allein in 2021 ca. 190 neue Teilnehmer*innen erreicht werden.

Das Teilprojekt *Arbeitsmarktservice* des Vereins UTS e.V führte unter erschwerten Pandemiebedingungen Informationsveranstaltungen in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes durch und erreichte damit seit Mitte 2019 bereits 660 Geflüchtete, die über die Integration in Arbeitsmarkt, Schule und Ausbildung informiert und nach einer Verteilung in die Kreise an entsprechende Beratungsstellen der Arbeitsmarktnetzwerke oder Migrationsfachdienste verwiesen werden konnten.

Im Berichtszeitraum wurde die Zusammenarbeit mit dem aufgrund erfolgreichen Lobbyings des Flüchtlingsrates seit 2017 landesgeförderten Schwesterprojekt bzw. -netzwerk „Alle an Bord! – Netzwerk zur arbeitsmarktlichen Integration von Geflüchteten in Schleswig-Holstein“ weiter fortgesetzt. Dieses Netzwerk wird ebenfalls vom Paritätischen Schleswig-Holstein und dem Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein getragen. Beide Netzwerke optimieren die landesweite Angebotsstruktur zur Integration in Arbeit und Ausbildung. Beide Netzwerke kooperieren sowohl auf Koordinations- wie auch auf Teilprojektebene eng miteinander.

Auch in 2021 fanden in Kooperation mit dem Schwesternetzwerk Alle an Bord! interne und externe digitale und analoge Schulungen für die Netzwerke und deren strategischen

Kooperationspartner*innen und weitere Interessierte zu den Themen Bleiberecht, Ausbildungsduldung und Geflüchtete mit Behinderung statt.

Trotz der Pandemie hat die Koordination im Berichtszeitraum Jobcenter und Arbeitsagenturen an verschiedenen Standorten in Schleswig-Holstein und in digitaler Form zu rechtlichen Grundlagen und Änderungen beim Arbeitsmarktzugang für Flüchtlinge geschult. Es konnten dabei 198 Mitarbeitende der Jobcenter und Agenturen für Arbeit geschult werden.

Das Netzwerk ist auch bundesweit gut mit den anderen IvAF-Netzwerken in den Bundesländern vernetzt und das Team der Koordination und auch Mitarbeitende aus den Teilprojekten nehmen an den regelmäßigen bundesweiten Netzwerktreffen teil, die auch in 2021 digital durchgeführt wurden. Im Rahmen dieser nationalen Treffen fand der Austausch unter anderem zu den Themen „Strukturelle Verbesserungen für Geflüchtete mit Behinderung“, „Anwendung digitaler Angebote für Beratung und Support von Geflüchteten“ und „Bleiberecht sichern“ insbesondere mit Blick auf die Bundestagswahl statt.

Das Netzwerk Mehr Land in Sicht! hat gemeinsam mit den landesfinanzierten kommunalen Koordinierungsstellen für Integration einen Fachaustausch zu Menschen mit Duldung in den Kommunen durchgeführt. Des Weiteren war das Netzwerk an dem auf Initiative des Flüchtlingsrates SH umgesetzten flüchtlings- und einwanderungspolitischem Hearing zur Bundestagswahl 2021 im Offenen Kanal SH beteiligt, bei dem Kandidat*innen der demokratischen Parteien im Rahmen einer Podiumsdiskussion zu Handlungsbedarfen und zivilgesellschaftlichen Forderungen auch mit Blick auf einen Koalitionsvertrag orientiert wurden.

Weitere Informationen, Ansprechpartner*innen und Verweise finden sich auf www.mehrlandinsicht-sh.de.

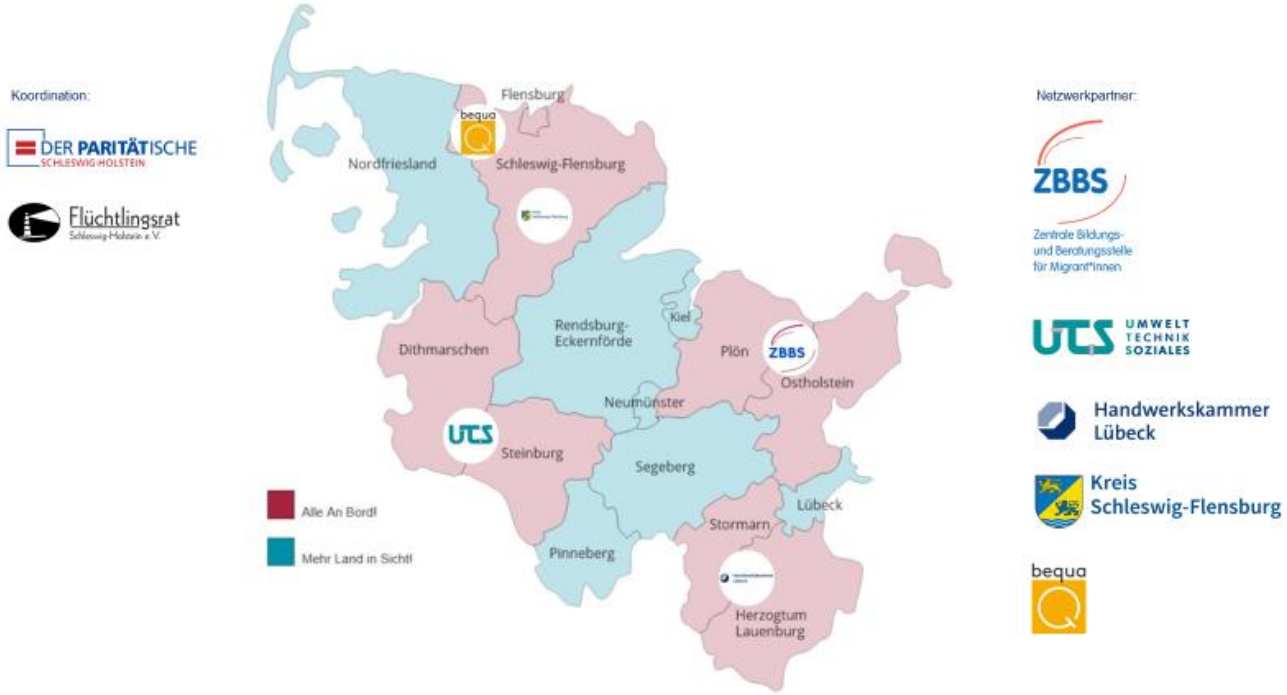
Alle an Bord!

Koordination beim FRSH

Die Arbeit von *Alle an Bord! – Netzwerk zur arbeitsmarktlichen Integration von Geflüchteten in Schleswig-Holstein* fand 2021 im zweiten Jahr unter den Herausforderungen der Corona-Pandemie statt. Dennoch gelang es den Berater*innen der Netzwerkpartner in den Regionen, für die *Alle an Bord!* zuständig ist, (sh. Karte weiter unten) über die geplante Zielzahl hinaus Geflüchtete mit dem Beratungsangebot zu erreichen, zu aktivieren und in Arbeit, Ausbildung oder Qualifizierungen zu vermitteln. 2021 wurden 575 neue Ratsuchende aufgenommen, davon 218 Frauen und 357 Männer. Damit hat sich der Frauenanteil seit Beginn des Projektes im Oktober 2017 erhöht und lag 2021 bei über einem Drittel. Diese Entwicklung ist sehr erfreulich, denn geflüchtete Frauen sind nach wie vor am Arbeitsmarkt unterrepräsentiert. Die Beratung fand unter Einhaltung der Hygienevorschriften sowohl in Präsenz als auch telefonisch und per E-Mail statt. Es gab 2021 310 Vermittlungen, davon 217 in Arbeit, 63 in Ausbildung und 6 in Einstiegsqualifizierungen. Neun Teilnehmende nahmen eine schulische Bildung auf und drei ein Studium. Hauptherkunftsland der Teilnehmenden war Syrien, gefolgt von Afghanistan und Irak.

Arbeitsmarktliche Sprachtrainings ausgebaut

Der zunehmende Anteil von Frauen an den Teilnehmenden bei *Alle an Bord!* spiegelt einerseits die wachsende Zahl an weiblichen Geflüchteten wieder. Dazu beigetragen haben aber auch die arbeitsmarktbezogenen Sprachtrainings, die das Netzwerk seit Mitte 2019 anbietet und über die viele Frauen erreicht werden konnten. Die Sprachtrainings wurden corona-bedingt überwiegend online angeboten. Schon 2020 entwickelten und erprobten die bei *Alle an Bord!* für die Sprachtrainings verantwortlichen Träger ZBBS e.V. und UTS e.V. entsprechende Online-Formate, die 2021 erfolgreich umgesetzt und weiterentwickelt wurden. Die digitalen Angebote ermöglichen es, die Mobilitätsprobleme im ländlichen Raum aufzufangen und Teilnehmende aus verschiedenen Regionen zu-



sammenzufassen sowie überregional berufsspezifische Trainingsangebote in angemessener Gruppengröße umzusetzen. Es wurden soweit möglich insbesondere im Frühjahr und Sommer ergänzend auch Trainings in kleinen Gruppen in Präsenz durchgeführt. Dies ist nötig, um Geflüchtete mit

noch geringen Deutschkenntnissen oder mit schlechter technischer Ausstattung besser zu erreichen. Auch Frauen konnten gut über niedrigschwellige offene Sprachtrainings in Kooperation mit Beratungsstellen, Frauentreffs etc. angesprochen werden. Weiterhin fehlen aber ausreichende allgemeine Sprachkursangebote insbesondere für die Geflüchteten, die keinen Zugang zu den Integration- und berufsbezogenen Deutschkursen des BAMF haben.

Bewährte Kooperationen und neue Träger im Netzwerk

Seit Januar 2021 haben der Kreis Schleswig-Flensburg und die Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft Flensburg (bequa) die dortige Beratung von der IHK-Flensburg übernommen, die Ende 2020 aus dem Netzwerk ausschied. Die übrigen Träger im Netzwerk, Handwerkskammer Lübeck, ZBBS e.V. und UTS e.V., sind seit Projektbeginn Ende 2017 in den ihnen jeweils zugeordneten Regionen mit dem *Alle an Bord!* Beratungsangebot aktiv (sh. Karte). Auch die Koordination lag 2021 weiterhin in bewährter Zusammenarbeit beim Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein und dem Paritätischen Schleswig-Holstein.

Fortbildungs- und Informationsbedarf zu Herausforderungen bei Ausbildungsduldung, Beschäftigungsduldung, Arbeitsmarktzugang – Topthema Identitätsklärung als Hürde

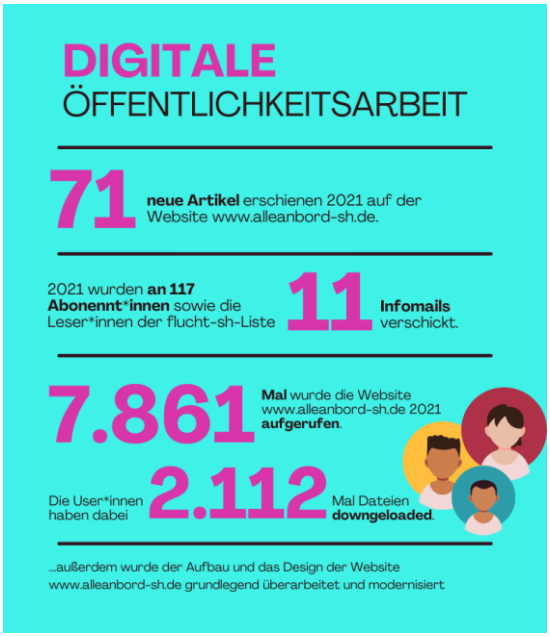
Wie schon in 2020 zeichnete sich auch 2021 ein großer Fortbildungs- und Informationsbedarf ab. Besonders im Fokus standen dabei weiterhin Fragen zur Ausbildungsduldung, aber auch zunehmend zu Beschäftigungsduldung und zum Übergang in eine Aufenthaltserlaubnis nach §19d nach erfolgreicher Ausbildung sowie generell zu Bleibeperspektiven bei Integration in Arbeit. Die Beschäftigungsduldung rückte auch als mögliche Alternative ins Blickfeld, wenn eine Ausbildung zu scheitern droht. Die Netzwerk-Koordination beim Flüchtlingsrat hat entsprechend 2021 in Kooperation mit der Koordination des Netzwerks *Mehr Land in Sicht*! und dem Diakonischen Werk Schleswig-Holstein eine Online-Veranstaltung zur Ausbildungsduldung durchgeführt sowie eine weitere zur Beschäftigungsduldung mit dem Projekt *Rechtsberatung* des Flüchtlingsrates. Eine große Hürde für Ausbildung, Arbeit und Bleibeperspektive stellt die Identitätsklärung dar. Dazu führte die Koordination gemeinsam mit dem AMIF-Projekt *Identität und Respekt – Landesweite Flüchtlingshilfe* eine Fortbildung im Kontext Ausbildungsduldung durch. Die gut nachgefragten Veranstaltungen sind auf den Webseiten des Trägers www.frsh.de und des Netzwerks Alle an Bord! www.alleanbord-sh.de/ dokumentiert.

Für Interessierte, die nicht in erster Linie aber auch mit der Arbeitsmarktintegration oder Perspektiventwicklung für Geflüchtete zu tun haben, z.B. als Mitarbeitende bei Bildungsträgern, Frauenberatungsstellen, Jobcentern, Arbeitsagenturen oder als Ehrenamtliche, entwickelten die Koordinationen der Netzwerke *Alle an Bord!* und *Mehr Land in Sicht!* eine gemeinsame Online-Veranstaltungsreihe *Asylrecht und Arbeitsmarkt*. Aufgrund der großen Nachfrage wurde die Reihe zweimal durchgeführt und von zwei auf vier Module erweitert. Die Präsentationen mit Links zu Materialien und Anlaufstellen gibt es ebenfalls auf www.alleanbord-sh.de

Landesweite und regionale Vernetzung

Die enge Kooperation mit dem Netzwerk *Mehr Land in Sicht!* ermöglichte den Fachaustausch in einigen gemeinsamen Netzwerktreffen. Dort informierten sich die Mitarbeitenden über Möglichkeiten der Teilzeitausbildung und hatten Gelegenheit zum Austausch mit einem Vertreter der Regionaldirektion Nord der Bundesagentur für Arbeit, mit Willkommenslots*innen der Kammern und Berater*innen von Frau und Beruf. Beide Netzwerke brachten ihre Erfahrungen und Expertise in der landesweiten AG Migration und Arbeit ein und beteiligten sich an der Planung und Durchführung einer landesweiten Online-Tagung zu Situation und Perspektiven von Menschen mit Duldung in Kommunen, die die AG in Kooperation mit einigen Koordinierungsstellen für Integration und Teilhabe durchführte.

Öffentlichkeits- und Informationsarbeit



In der Netzwerk-Koordination beim Flüchtlingsrat gab es 2021 eine Umstrukturierung. Statt einer Projektassistenz wurde mit Mareike Röpstorff eine Kollegin mit dem Schwerpunkt Öffentlichkeitsarbeit gewonnen. Ihr Know How ermöglichte einen Aus- und Umbau der Webseite, den häufigeren Versand von Infomails und es konnte zum Ende der Gesamtförderphase eine Broschüre herausgegeben werden, die anschaulich die Herausforderungen, Arbeitsweisen und Erfolge der Arbeit des Netzwerkes *Alle an Bord!* darstellt und aus der praktischen Arbeit Bedarfe und Handlungsempfehlungen ableitet für eine gelingende Arbeitsmarktintegration Geflüchteter.

Projektförderung endet – Neustart im ESF-Landesprogramm Arbeit in Sicht

Die seit Ende 2017 mit zunächst zweijähriger und dann jeweils einjähriger Laufzeit gewährte Förderung des Netzwerkes *Alle an Bord!* durch das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus endete zum 31.12.2021. Der Bedarf an Unterstützung bei der arbeitsmarktlichen Integration Geflüchteter sowohl der Betroffenen als auch der Arbeitgebenden ist weiterhin aufgrund komplizierter rechtlicher Bedingungen und spezifischer Förderbedarfe groß, auch vor dem Hintergrund der anhaltenden Corona-Pandemie. Zahlreiche Studien bestätigen, dass eine gute Unterstützungsstruktur ein wichtiger Faktor für die erfolgreiche und nachhaltige Integration Geflüchteter ist. Die Netzwerkakteure haben zum Jahresende erfolgreich einen Antrag auf Förderung der Arbeit in bewährter Zusammensetzung und mit neuem Zuschnitt im Rahmen des ESF-Landesprogramms Arbeit gestellt. Der Förderbescheid für das neue Beratungsnetzwerk *Alle an Bord! - Perspektive Arbeitsmarkt für Geflüchtete* wurde im Januar 2022 übergeben, so dass die erfolgreiche Arbeit weiterentwickelt werden kann.

Im gesamten Förderzeitraum 2017 bis 2021 wurden mehr als 2.500 Geflüchtete individuell arbeitsmarktbezogen beraten und auf die Einmündung in den Arbeitsmarkt vorbereitet. 37 Prozent von ihnen wurden in Arbeit, Ausbildung, Studium oder Einstiegsqualifizierung vermittelt und knapp 700 nahmen seit 2019 an den arbeitsmarktbezogenen Sprachtrainings des Netzwerks teil. Ein Überblick über die letzten vier Jahre der Arbeit sowie Herausforderungen und Erfolge von *Alle an Bord!* ist nachzulesen in der als Print- und Online-Version erhältlichen Broschüre „Wie kann die Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt gut gelingen?“

Astrid Willer

IQ Netzwerk Schleswig-Holstein

Nachhaltige Integration und Vielfalt im Einwanderungsland Schleswig-Holstein

Mittelverwaltung

Seit Beginn der Förderphase (2019-2022) ist der FRSH Zuwendungsempfänger für das IQ Netzwerk SH. Der Flüchtlingsrat SH koordiniert das IQ Netzwerk inhaltlich, ist Träger des Teilprojekts Souveraen und ist für die Mittelverwaltung des Gesamtnetzwerks zuständig.

Zum Team der Mittelverwaltung gehörten im Berichtszeitraum Kirstin Strecker, Marie-Louise Petersen-Scharff, Birte Skoruppa, Gabriela Schultze, Mike Natterer und Christine Berlinski.

Das Gesamtbudget des Netzwerks betrug im Berichtzeitraum 2,8 Mio € finanzierte damit die Arbeit von 22 Teilprojekten. Zu den Träger*innen der Teilprojekte gehören neben dem Flüchtlingsrat

mit vier Teilprojekten

- UTS (Umwelt Technik soziales e.V.) mit fünf Teilprojekten,

mit je zwei Teilprojekten

- ADVSH (Antidiskriminierungsverband Schleswig-Holstein e.V.)
- HWK (Handwerkskammer Lübeck)

und mit je einem Teilprojekt:

- ZBBS (Zentrale Bildungs- und Beratungsstelle für Migrant*innen in SH e. V.)
- Diakonisches Werk Hamburg-West/Südholstein
- Türkische Gemeinde in Schleswig-Holstein e. V.
- Frauennetzwerk zur Arbeitssituation e. V.
- Kiek in AöR
- WAK (Wirtschaftsakademie Schleswig-Holstein)
- quatraCare Gesundheitsakademie
- VHS Bad Segeberg (bis 01.04.2021)
- Arbeit und Leben Schleswig-Holstein e. V.
- Bildungswerk der Wirtschaft für Hamburg und Schleswig-Holstein e. V.

Kirstin Strecker

IQ Netzwerkkoordination

Förderrechtlich ist das IQ Netzwerk in Schleswig-Holstein, wie alle anderen Landesnetzwerke, in 4 Handlungsschwerpunkten tätig:

- Handlungsschwerpunkt 1 (HSP1) Anerkennung und Qualifizierungsberatung
- Handlungsschwerpunkt 2 (HSP2) Qualifizierungsmaßnahmen
- Handlungsschwerpunkt 3 (HSP3) Interkulturelle Kompetenzentwicklung für zentrale Arbeitsmarktakteur*innen
- Handlungsschwerpunkt 4 (HSP4) Regionale Fachkräftenetzwerke-Einwanderung

Koordinationsteam HSP 1+2

Zum Gesamtteam der Koordination HSP1+2 gehören im Berichtszeitraum Farzaneh Vagdy-Voß (Koordinatorin), Lindita Rexhepi (Projektmitarbeiterin ab 01.05.20), Maren Stallmann (Projektassistentin), Lakkhana Zojeski (Finanzen), Kirsten Richter (Öffentlichkeitsarbeit für alle Bereiche ab 01.07.2020) und Chris Nebendahl (Projektassistent).

Anerkennungs- und Qualifizierungsberatung (HSP 1)

Trotzt Corona Pandemie haben die Beratungsstellen ihre Arbeit im Jahr 2021 fortgesetzt. Wegen der Kontaktbeschränkungen mussten face-to-face Beratungen auf digitale Kanäle, telefonische Kommunikation oder Email umgestellt werden. Seitens der Klient*innen ist die Einführung von virtuellen Formaten nicht immer einfach. Auch telefonische Beratung ist an sprachliche Kompetenz gebunden. Das hat den Beratungsprozess z.T verlängert. Auch die Angebote zur mobilen Beratung ist unverzichtbar, weil die Beratungsstellen in eine Flächenland wie SH für alle Ratsuchende gut erreichbar sind. Insgesamt haben im Berichtszeitraum 6.024 Beratungen durchgeführt.

Faire Integration

bietet Menschen mit Migrationshintergrund und Zugewanderten Beratung zu arbeits- und sozialrechtlichen Themen, die direkt mit dem Beschäftigungsverhältniss zusammenhängen, z.B. zu Lohnfragen, Arbeitszeit, Urlaub, Kündigung, Kranken- und Sozialversicherung usw. Im Berichtszeitraum wurden 1.110 Beratungen durchgeführt.

Qualifizierungsmaßnahmen (HSP 2)

IQ bietet verschiedene, kostenlose Qualifizierungsmaßnahmen für unterschiedliche Berufe an. Aufgrund der Corona-Pandemie sind im Jahr 2021 sind viele Maßnahmen auf einer virtuelle Plattform durchgeführt worden. Festzustellen ist, dass Online-Formate sowohl Vorteile als auch Hürden mitbringen. Durch die Digitalisierung war es für Teilnehmende aus anderen Bundesländern möglich an den Maßnahmen teilnehmen zu können. Für viele Teilnehmenden war es jedoch aufgrund der nicht vorhandenen Endgeräte sowie defizitärer Netzverbindungen schwierig, an den Maßnahmen teilzunehmen.

Im Jahr 2021 sind im HSP 2 zwei neue Projekte dazugekommen:

Die Teilprojekte „Mentoring für Pflegeberufe“ und „Mentoring für Handwerkberufe“ haben ihre Arbeit aufgenommen. Beide Teilprojekte begleiten Personen während der Beschäftigung und beraten Arbeitgeber*innen.

Insgesamt waren folgende Projekte im Berichtzeitraum tätig:

- Brückenmaßnahme für Akademiker*innen
- DaZ-Methodik und Deutsch C1 für angehende Lehrkräfte in Integrationskursen
- Qualifizierungsmaßnahme für IHK-Berufe

- Qualifizierungsmaßnahme für Handwerkberufe
- Brückenmaßnahme für Bauingenieur*innen
- Fachkurs für Pädagog*innen
- Vorbereitung ausländischer Lehrkräfte auf den Anpassungslehrgang
- Vorbereitungslehrgang zur Kenntnisprüfung für Gesundheits- und Pflegeberufe
- Mentoring für Pflegeberufe
- Mentoring für Handwerkberufe

Insgesamt haben 105 Personen an den IQ Qualifizierungsmaßnahmen in SH teilgenommen.

Öffentlichkeitsarbeit:

Im Berichtszeitraum wurden unterschiedliche Aktivtäten durchgeführt. Einige ausgewählte Aktivitäten und Publikationen sind hier aufgeführt:

- Der IQ Wochenkalender 2022 wurde unter dem Motto „Weiblich, migriert und integriert – Migrantinnen in der modernen Arbeitswelt“ mit einem Grußwort der schleswig-holsteinischen Innenministerin Dr. Sabine Sütterlin-Waack herausgegeben. Auflage 2.000 Stück.
- Es fanden regelmäßige Austauschtreffen mit Vertreter*innen der zuständigen Anerkennungsstellen des Landes statt. Dadurch wurden die zuständigen Stellen sowohl über die aktuelle Arbeit des IQ Netzwerks als auch über aktuelle Gesetzesentwicklungen informiert.
- Die strategischen Partner*innen wurden via Newsletter und Mailverteiler über die Aktivitäten des Landesnetzwerks informiert.
- Der 7. Auflage des „Leitfadens zur Anerkennung ausländischer Schul- und Berufsschulabschlüsse“ mit einem Grußwort von Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus des Landes Schleswig-Holstein, wurde aktualisiert: https://bit.ly/32Vj0d5
- Veröffentlichung von IQ Angeboten auf dem Weiterbildungsportal SH: Platzierung des IQ Netzwerk SH mit einem Interview mit der Koordinatorin auf dem Weiterbildungsportal SH des verdi-Forums zur weiteren Verbreitung der Angebote des Landesnetzwerks. (Weblink: https://weiterbilden-sh.de/im-portraet/, dort wird auch eine ehemalige ratsuchende weibliche Fachkraft als positives Beispiel mit einem Interview aufgeführt: https://weiterbilden-sh.de/horstation-erfolgsgeschichten
- Das IQ Teilprojekt "Qualifizierungsmaßnahmen für Handwerksberufe" ist im Magazin "IQ konkret" (Ausgabe 01/2021) mit einem Beitrag vertreten. Nachzulesen unter: https://bit.ly/3du2YJq
- Organisation und Durchführung der virtuellen Fachtagung „Chancen und Hürden für Frauen mit Migrationsgeschichte auf dem Arbeitsmarkt“ am 01.11.2021
  An der Veranstaltung nahmen ca. 90 Personen teil, die überwiegend der Zielgruppe Multiplikator*innen zugeordnet werden können. Weitere Informationen: https://bit.ly/3y0vrjt

Durch die unterschiedlichen öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen wurde der Bekanntheitsgrad der im Rahmen der Teilprojekte angebotenen Beratungen (flächendeckende/landesweite Beratung an festen und mobilen Standorten, in Präsenz und digital) und Qualifizierungsmaßnahmen (was wird für wen wo angeboten/kann genutzt werden) bei Multiplikator*innen und innerhalb der Zielgruppen Ratsuchende/Teilnehmende gesteigert.

HSP 3: Interkulturelle Kompetenzentwicklung der zentrale Arbeitsmarktakteur*innen

Auch im Jahr 2021 lag das Ziel dieser beiden Bereiche in der Verwirklichung bzw. Förderung einer gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte auf dem Arbeitsmarkt. Für die Erreichung dieses Zieles sind 4 Projekte in ganz Schleswig-Holstein geschaffen worden. Bei allen Projekten wurden infolge der Corona-Pandemie ein Mix von Präsenz und Online Formaten angeboten.

Koordinationsteam HSP 3+4

Zum Team der Koordination im Handlungsschwerpunkt 3 & 4 gehörten: Farzaneh Vagdy-Voß (Koordination), Aurelie Bile Akono (Projektmitarbeiterin), Kirsten Richter (Öffentlichkeitsarbeit), Gabriele Köhler (Projektassistentin bis Juni 2021), Gabriela Schultze (Projektassistentin ab Juli 2021 und Finanzkraft) sowie Danica Fröhlich (Projektassistentin ab September 2021).

Interkulturelle Kompetenzentwicklung der zentrale Arbeitsmarktakteur*innen (HSP3)

Die Projekten in diesem Bereich baten unten anderen Schulungen, Beratungen und Veranstaltungen über Interkulturelle Öffnung, Antidiskriminierung und Empowerment bzw. Stärkung migrantischer Selbstorganisation an.

Zielgruppen waren Arbeitsmarktakteur*innen (Arbeitsverwaltungen, Kommunen, Multiplikator*innen migrantische Selbstorganisationen) und Wirtschaftsakteur*innen (Unternehmen und ihre Verbände).

Teilprojekte im Handlungsschwerpunkt 3:

- **Mit Recht gegen Diskriminierung!** (Antidiskriminierungsverband SH e.V.; www.advsh.de)
- **Perspektive Vielfalt SH: Interkulturelle Öffnung und Antidiskriminierung** (Arbeit und Leben Schleswig-Holstein e. V.; www.arbeitundleben-sh.de/)
- **Souverän – Migrantische Selbstorganisation zur beruflichen Integration** (Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e. V.; www.souveraen-sh.de)

Teilnehmendenzahl aus den Schulungen, Beratungen und Veranstaltungen in 2021

Insgesamt wurden circa 1.191 Menschen durch Schulungen, Veranstaltungen und Beratungen erreicht. So sind sie verteilt:

Teilnehmendenzahl an:	**Arbeitsmarktakteur*innen und Multiplikator*innen**	**Wirtschaftsakteur*innen**
Veranstaltungen	440 Teilnehmende	60 Teilnehmende
Schulungen	480 Teilnehmende	100 Teilnehmende
Beratungen	93 Teilnehmende	18 Teilnehmende

Häufigste Themen
➢ Interkulturelle Kompetenzentwicklung und Organisationsentwicklung ➢ Antidiskriminierung und rechtlicher Diskriminierungsschutz im Arbeitsleben ➢ Migrantische Selbstorganisation (u.a. Empowerment, Intersektionalität, Fördermittelakwiese, politische Beteiligung von Menschen mit Migrationsgeschichte, Einführung in die Unternehmensgründung)

HSP 4: Regionale Fachkräftenetzwerke – Einwanderung

In diesem Bereich ist tätig
• die **Beratungsagentur Fachkräfteeinwanderung** (Bildungswerk der Wirtschaft für Hamburg und Schleswig-Holstein e. V.; siehe https://bwh-sh.de/)

Das Projekt bot in Schleswig-Holstein Beratungen, Schulungen und Info-Veranstaltungen zu Fragen rund um das Fachkräfteeinwanderungsgesetz und Rekrutierung von Fachkräften aus Nicht-EU-Ländern an Wirtschaftsakteur*innen, Arbeitgeber*innen und Unternehmen an.

Teilnehmendenzahl aus den Schulungen, Beratungen und Veranstaltungen in 2021

	Arbeitsmarktakteur*innen und Wirtschaftsakteur*innen
Veranstaltungen	149 Personen
Schulungen	19 Personen
Beratungen	177 KMU (Kleine und Mittlere Unternehmen)

Häufigste Themen
➢ Fachkräfteeinwanderungsgesetz, Fachkräftegewinnung, Integrationsmanagement, Qualifizierung, Anerkennung, Arbeitsrecht, Deutsch sowie Kurzarbeit/ Corona-Hilfe.

Öffentlichkeitsarbeit:

Ausgewählte Aktivitäten im Berichtzeitraum:

- Planung und Koordinierung gemeinsamer Aktionen und Aktivitäten der Teilprojekte des Handlungsschwerpunktes wie die Durchführung „Das vielfältige KMU-Frühstück: Fachkräfte gewinnen, halten, stärken!“ jeden letzten Dienstag im Monat als regelmäßiges Online-Format (weitere Informationen finden sich hier: https://bit.ly/302ca4B)
- Öffentlichkeitswirksame Auftritte und Aktionen in Kooperation mit strategischen Partner*innen und Teilprojekten. Z.B. Redebeitrag an der Demonstration zum internationalen Tag gegen Rassismus in Kiel.
- Erstellung des Diversity Wandkalenders 2022 in Kooperation mit der IQ Fachstelle Interkulturelle Kompetenzentwicklung und Antidiskriminierung.
- Teilnahme am 9. Deutschen Diversity Tag (Charta der Vielfalt) mit einer Workshopreihe (mehr Informationen: https://bit.ly/3pD9nHX)
- Mitorganisation einer Veranstaltung mit anschließender Workshopreihe anlässlich der interkulturellen Woche und darüber hinaus zum Thema: Vielfalt, Gleichberechtigung und Inklusion am Arbeitsplatz. (mehr Informationen: https://bit.ly/3DxJ8HN)
- Mitorganisation eines Online-Leseabends (zum Weltfrauentag aus dem Buch „Mama Superstar“), zum Empowerment von Frauen und insbesondere auch von Müttern, die sich im Arbeitsleben befinden. (mehr Informationen: https://bit.ly/3InIv7n)
- Mitorganisation und Durchführung der virtuellen Fachtagung „Chancen und Hürden für Frauen mit Migrationsgeschichte auf dem Arbeitsmarkt“ am 10.11.2021
  An der Veranstaltung nahmen ca. 90 Personen teil, die überwiegend der Zielgruppe Multiplikator*innen zugeordnet werden können. (mehr Informationen: https://bit.ly/3y0vrjt)
- Vortrag auf dem virtuellen Fachtag „Interkulturalität und Rassismus" von Sprungtuch e. V. / Projekt FLOW 4.0
- Bearbeitung und Erstellung von Artikeln und Inputs für den IQ Netzwerk Schleswig-Holstein Newsletter und Wochenkalender sowie in der Fachzeitschrift Der Schlepper - Quartalsmagazin für Migration und Flüchtlingssolidarität in Schleswig-Holstein.

Aurelie Bile Akono, Lindita Rexhepi, Kirsten Richter, Farzaneh Vagdy-Voß

IQ Projekt Souverän

SOUVERÄN
migrantische Selbstorganisation
zur beruflichen Integration

Als Teil des Handlungsschwerpunktes 3 des IQ Netzwerkes Schleswig-Holstein arbeitet das Projekt SOUVERÄN mit Migrant*innen, deren Communities und Selbstorganisationen (MSO) aus ganz Schleswig-Holstein sowie einem breiten Netzwerk von Kooperationspartner*innen zusammen. Im Fokus dieser Arbeit stehen dabei die Themen nachhaltige Arbeitsmarktintegration, Migrantische Selbstorganisation und Empowerment. In Zusammenarbeit mit der Zielgruppe und den Netzwerkpartner*innen fördert das Projekt heterogene MSO und deren Vernetzung in Schleswig-Holstein, verankert Wissen in Communities und schafft Räume für Austausch und Empowerment. Dabei ist das Projektteam landesweit mobil und bietet prozessbegleitende Einzel- und Gruppenberatungen sowie bedarfsorientierte Veranstaltungen und Schulungen an.

Auch im Jahr 2021 hat sich die pandemiebedingte Einschränkung der Vereinsarbeit in vielen Teilen von Schleswig-Holstein bemerkbar gemacht. Doch trotz der reduzierten Möglichkeiten ist es gut gelungen, Kontakte durch persönliche telefonische Gespräche aufrecht zu erhalten und zu stärken. Veranstaltungen im Onlineformat wurden sehr gut aufgenommen und erreichten besonders bei landesweiten Formaten eine breite Zielgruppe, was in Präsenz mit vielen Kosten verbunden gewesen wäre. Somit boten auch in diesem Jahr die Onlineformate eine gute Möglichkeit, möglichst viele Menschen, mit so wenig finanziellen und zeitlichen Zugangshürden wie möglich, zusammenzubringen.

Das Projektteam führte im Laufe des Jahres 29 Beratungen zu Themen wie Vereinsgründung, Selbstorganisation, Fördermittelakquise und Netzwerkbildung durch und erreichte damit 36 Personen. Ebenso wurde eine 2020 begonnene Antragstellung für eine MaTZ-Förderung durch einen Elmshorner Verein im ganzen Prozess von SOUVERÄN begleitet.

Es wurden zehn Veranstaltungen, sowohl in Präsenz als auch online durchgeführt, mit denen 247 Teilnehmende erreicht wurden. Die Online-Veranstaltungsreihe „Verweiswissen Gründung - Handwerkszeug für die allgemeine Erstberatung von Gründungsinteressierten“ für Multiplikator*innen, welche im Vorjahr in Kooperation mit der IQ Fachstelle Migrantenökonomie gestartet wurde, wurde in zwei zusätzlichen Modulen weitergeführt und stieß weiterhin auf viel Interesse. Anlässlich des Weltfrauentags hat das Projekt gemeinsam mit der Koordination der Handlungsschwerpunkte 3 und 4 des IQ Netzwerkes Schleswig-Holstein und dem Teilprojekt „Mit Recht gegen Diskriminierung!“ des Advsh e.V. einen Online-Leseabend zur Feier von Vielfalt und starken Frauen organisiert, zu dem die Autorinnen von „Mama Superstar“ aus ihrem Buch gelesen haben. Mit einer Online-Filmvorführung zum Tag der Arbeit wurde mit dem Film „Mit einem Lächeln auf den Lippen – Eine Hausarbeiterin ohne Papiere zieht vors Arbeitsgericht“ das Thema prekäre Bedingungen in der Haus- und Care-Arbeit in den Fokus gestellt. Im Rahmen der Ehrenamtsstrategie Schleswig-Holstein führte das Projektteam eine Online-Veranstaltung zum Thema „Wie kann ein Verein im kommunalen Gefüge platziert werden?“ in Kooperation mit der VHS Sachsenwald (Reinbek) durch.

Gemeinsam mit der KIT-Stelle Rendsburg-Eckernförde, dem House of Resources des UTS e.V. und den Kulturvermittler*innen der VHS Rendsburger Ring e.V. wurde eine Informationsveranstaltung im Onlineformat für Migrant*innen zum Thema Selbstorganisation angeboten. Im Vorfeld der Bundestagswahl sammelten Vertreter*innen von Migrant*innenorganisationen in Schleswig-Holstein in einem Online-Austausch, der in Kooperation mit dem AMIF Projekt „Neue Heimat – Räume für Begegnung und interkulturelles Handeln“ organisiert wurde, Forderungen an die neue Bundesregierung. Diese wurden im Rahmen eines Hearings, welches durch den FRSH e.V. organisiert wurde, vorgebracht.

Mit einem Informationsstand auf dem Markt der Möglichkeiten beteiligte sich das Projektteam am „Fachtag Diversität - Wie gelingt eine vielfältige Gesellschaft?“ in Rendsburg. Zum Welttag für menschenwürdige Arbeit wurde in Kooperation mit dem Projekt „Faire Integration“ des Advsh e.V. der Film „Dringend gesucht, Anerkennung nicht vorgesehen – Hausangestellte erstreiten sich ihre

Rechte“ gezeigt und diskutiert, um die gesellschaftliche Diskussion über (menschenwürdige) Arbeit in privaten Haushalten anzuregen.

Eine seit 2020 geplante Veranstaltung konnte endlich im Oktober in Präsenz in Heide umgesetzt werden: „Lebensgeschichten treffen sich – Interkulturelle Frauendialoge“. Die Veranstaltung wurde in Kooperation mit dem Projekt „Schleswig-Holstein spricht …“ von AWO Interkulturell, der KIT-Stelle Dithmarschen, den Gleichstellungsbeauftragten Heide und Dithmarschen, dem Diakonischen Werk Dithmarschen, der VHS Heide und dem Verein Frauen helfen Frauen e.V. umgesetzt. 37 Frauen verschiedener Herkunft und jeden Alters trafen sich im Bürgerhaus Heide zu einem Austausch im Speed-Dating Format mit niedrigschwelligen Fragestellungen zu Stationen ihrer Lebenswege. Die Veranstaltung schaffte es auf neue Weise – so die Resonanz der Teilnehmenden – Menschen in einem ländlichen Raum wie Dithmarschen miteinander ins Gespräch zu bringen, was sich in der Vergangenheit als schwierig darstellte.

Für die Veranstaltungsreihe „Rassismus, Ungleichheit und Inklusion in der Arbeitswelt“, die gemeinsam mit den anderen Teilprojekten sowie der Koordination der IQ Handlungsschwerpunkte 3 und 4 durchgeführt wurde, organisierte das Projekt den „Workshop zu Empowerment, Unterstützung und Heilung von BIPOC“. Dieses Präsenzformat bot den Teilnehmenden einen sicheren Raum zum Austausch und förderte mit der Methode „Design Thinking“ die Entwicklung einer konkreten Handlungsidee. Dieses Format bildete den Abschluss der Veranstaltungen im Jahr 2021.

Nach den anfänglichen Umstellungen in der Methodik des Projektes, welche im Vorjahr durch die Pandemie erzwungen wurden, ist es auch 2021 gelungen, mit der Zielgruppe und Kooperationspartner*innen ein breites Netzwerk aufrecht zu erhalten und zu stärken.

Das Projektteam bestand 2021 aus Ludmilla Babayan (Projektleitung), Cevahir Hopf-Ünlütepe (Projektmitarbeiter), Angela Hauschildt (Projektassistentin bis Juni) und Danica Fröhlich (Projektassistentin ab September).

AMIF-Projektpartnerschaft zur Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts:
Transparenz und Respekt

Transparenz und Respekt
AMIF-Projektpartnerschaft zur Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts

Die Projektpartnerschaft ist im Rahmen des spezifischen AMIF-Ziels der „Integration von Drittstaatenangehörigen und legaler Migration“ und dem nationalen Ziel „Integrationsmaßnahmen“ angesiedelt.

Trotz der durch die Corona-Pandemie erschwerten Bedingungen startete die durch den Asyl-, Migrations- und Integrationsfond der EU (AMIF) geförderte Projektpartnerschaft „Transparenz und Respekt“ am 01.01.2021 mit drei Teilprojekten erfolgreich und hat sich im Laufe des Jahres als neue Akteurin in Schleswig-Holstein etabliert.

Durch Begegnungen und Wissensaustausch mit Akteur*innen und Multiplikator*innen aus der Einwanderungsgesellschaft (z. B. Bildungseinrichtungen, Migrant*innenorganisationen, Akteur*innen der Migrationssozialarbeit, Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften) fördern die Teilprojekte Strukturen für unterschiedliche Beteiligungsmöglichkeiten in Schleswig-Holstein.

Zusätzliches Ziel ist die Schaffung diversitätsorientierter und diskriminierungssensibler Strukturen, z. B. in der öffentlichen Verwaltung von Kommunen und Land, in Bildungsinstitutionen und für Multiplikator*innen im Bereich der Antidiskriminierungsarbeit.

Zum Team der Koordination gehörten im Berichtszeitraum Kirstin Strecker und Hanna Thorun.

Die Projektpartnerschaft setzt sich aus der Koordination im Flüchtlingsrat und drei weiteren Teilprojekten zusammen:

- *Neue Heimat – Räume für Begegnung und interkulturelles Handeln* beim Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein (FRSH)
- *Diskriminierung vorbeugen - Zusammenhalt fördern* beim Antidiskriminierungsverband Schleswig-Holstein e.V. (advsh).
- *WIR STIMMEN! - Räume für gemeinsames Lernen, Umsetzen und Veränderung* bei der Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein e.V. (HSB SH)

Der Fachkräftemangel hat auch vor dieser Projektpartnerschaft nicht Halt gemacht, weshalb das Teilprojekt *Diskriminierung vorbeugen - Zusammenhalt fördern* zum 30.09.2021 aus der Projektpartnerschaft aussteigen musste. Der Träger advsh steht der Projektpartnerschaft aber weiterhin mit seiner Expertise unterstützend zur Seite.

Kirstin Strecker und Hanna Thorun

Teilprojekt

„Neue Heimat – Räume für Begegnung und interkulturelles Handeln“

in der AMIF-Projektpartnerschaft „Transparenz und Respekt“

Ein soziales Miteinander und respektvolle Begegnungen sind möglich. Bisherige Ausschließungen, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden, können aufgebrochen werden. Das hat sich das Teilprojekt „Neue Heimat – Räume für Begegnung und interkulturelles Handeln“ im Rahmen seiner Möglichkeiten vorgenommen. Als Teil der EU-AMIF-Projektpartnerschaft „Transparenz und Respekt“ wurde das Teilprojekt am 01. Februar 2021 gestartet.

Die Vision des Teilprojektes ist, die kommunale politische Beteiligung in Schleswig-Holstein für eine vielfältige und rassismuskritische Perspektive (weiter) zu öffnen. Dazu gehört zum einen die Förderung der politischen Teilhabe von Menschen mit Flucht- und/oder Migrationsbiografie und zum anderen die Sensibilisierung von kommunalen Parteiverbänden, Verwaltungsstrukturen und Vereinen sowie Trägern, die Bildungsangebote zur politischen Bildung anbieten. Durch Workshop- und Informationsveranstaltungen wird diese Vision im ländlichen Raum von Schleswig-Holstein verfolgt. Dadurch wird zum einen das Verständnis von Politik gefördert und zum anderen Rassismus als Problem, dass die gesamte Gesellschaft betrifft, benannt und neue Handlungs- und Haltungskonzepte erarbeitet.

Folgende acht Veranstaltungen wurden im Berichtszeitraum vom Teilprojekt „Neue Heimat“ durchgeführt:

- Online-Auftaktveranstaltung der Projektpartnerschaft „Transparenz und Respekt“
- Online-Veranstaltung „Zugänge in die Parlamente – Vielfalt fördern, Diskriminierung abbauen“
- Online-Austausch für Migrant*innenorganisationen zur Bundestagswahl 2021. In Zusammenarbeit mit dem FRSH Projekt SOUVERÄN.
- Auftakt-Workshop zur politischen Teilhabe in Mölln
- Impulsvortrag und Aktivierungsworkshop zu Diversität und Inklusion beim Kreisjugendring Pinneberg
- Auftaktworkshop zur politischen Teilhabe im Kreis Pinneberg
- Workshop zu Engagement und Repräsentation im Kreis Pinneberg
- Online-Erfahrungsaustausch zu kommunalen Beteiligungsformaten. In Zusammenarbeit mit dem FRSH Projekt SOUVERÄN.
- Online-Veranstaltung zu „Wer macht Gesetze und wie kann ich mich bei der Politik hörbar machen?“ in Mölln

Dank der Erfahrungen, die wir alle im ersten Pandemiejahr (2020) zwangsläufig mehr mit digitalen Formaten gemacht haben, konnten 2021 viele Veranstaltungen im Onlineformat durchgeführt werden. Während des Sommers und Herbsts konnten drei Präsenzveranstaltungen stattfinden. Insgesamt haben an allen Angeboten ca. 120 Menschen teilgenommen. Zur Erreichung des Teilprojektziels sind wichtige Kooperationspartner*innen aus den ländlichen Regionen von Schleswig-Holstein unerlässlich. Durch die Netzwerkarbeit des Teilprojektes „Neue Heimat“ wurden somit landesweit mit 11 Institutionen gute Verbindungen hergestellt. Innerhalb der Projektpartnerschaft wurde sich mit 21 Stellen vernetzt. Für die Restlaufzeit des Teilprojektes werden weitere Angebote zur politischen Bildung und Teilhabe angeboten. Des Weiteren gibt es Vernetzungsmöglichkeiten zum

Thema Wahlrecht für Alle, das mit dem Teilprojekt „WIR STIMMEN“ aus der Projektpartnerschaft und dem Projekt FLOW (Sprungtuch e.V.) durchgeführt wird. Mithilfe von Umfragen sowie Erfahrungsberichten der Teilnehmenden wird die Wirkung der Angebote zum Ende der Laufzeit ermittelt.

Ariane Kehr